

b unabhängige **auernstimme**



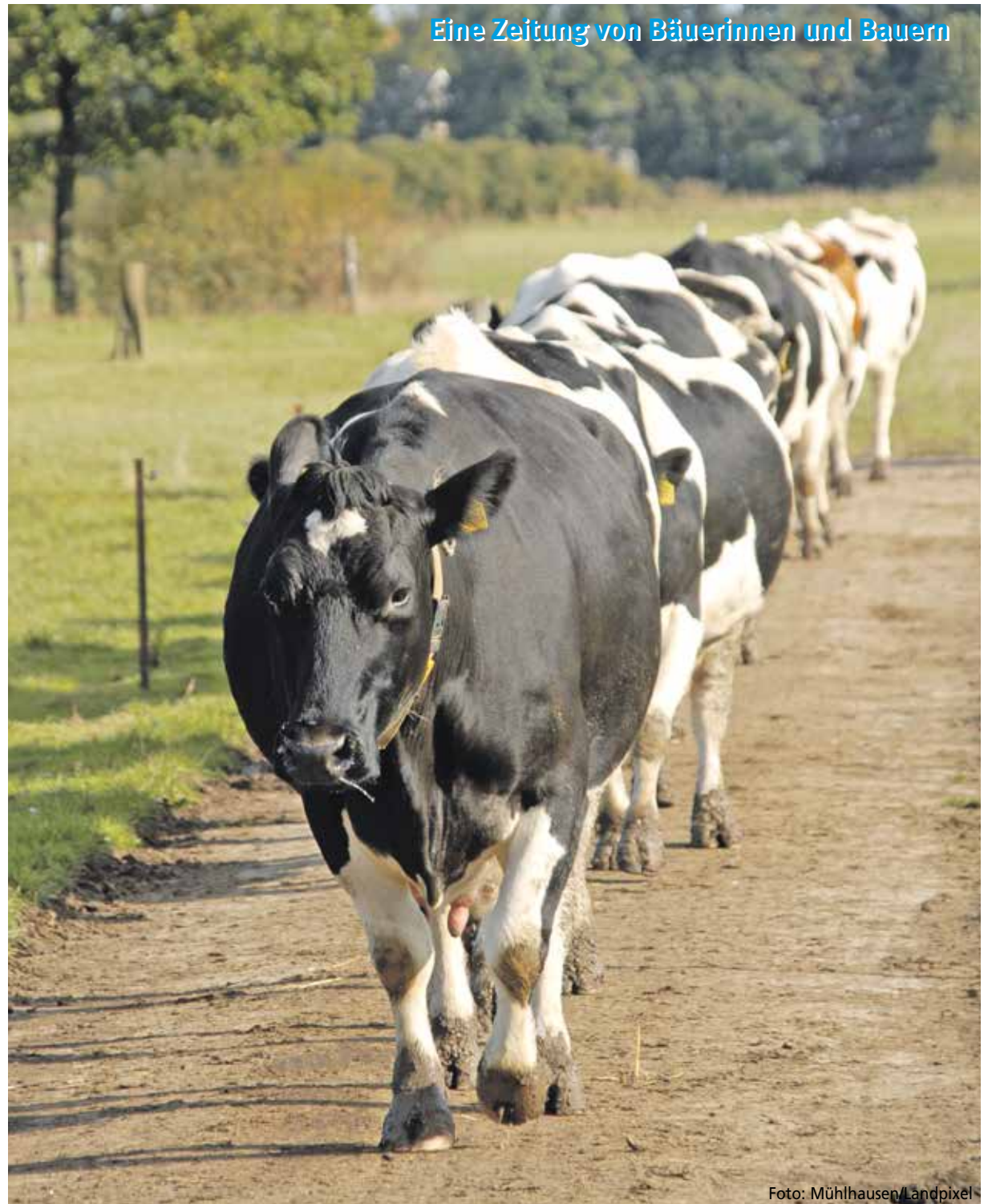
Das Freihandelsabkommen TTIP schränkt nationale Souveränität zugunsten von Staaten und Unternehmen ein. Die SPD findet's gut.



Der Milchpreis im Keller, die Quote vor dem Ende. Welche Perspektive bieten sich den Bauern. Was planen die Länder, was die EU?



Düngeverordnung, ländliche Entwicklung, Vermarktung und Milch aus Gras sind nur einige Themen der Abl Mitgliederversammlungen



Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

Foto: Mühlhausen/Landpixel

Wohin geht's nach der Milchquote?



Die Seite 3

Landreform für Bauern oder Konzerne? 3



Agrarpolitik

TTIP und CETA: Demokratie auf der Kippe 4

Ungerechtigkeiten im System 5

Hofzertifizierung durch lokale Netzwerke in Frankreich 6



Bewegung

Landwirtschaft statt Industrie 8

Gesellschaft will bei Landwirtschaft mitreden 16

Bildung, Markt und Gras geben 19

Nährstoffe und Trinkwasser 20

Zusammen wachsen! 21



Märkte

Bio und die hundertprozentige Verfügbarkeit 7

„Neuland kann Existenzen sichern und Zukunft gewinnen“ . . . 10



Schwerpunkt

Quotenende ohne Sicherheitsnetz 11

Die Perspektive aus der Krise 12

Auf der Suche nach Konzepten 13

Wenn Leistung zur Last wird 14

Gentechnik

Alles klar für Clearfield-Raps 17

Kein Freifahrtschein für neue Züchtungstechnologien 17

Weitere Themen

Zu Besuch bei Philip Brändle und Christian Bayer, Seite 9; Nachbau, Seite 15; Hofportrait, Seite 18; Anzeigen, Veranstaltungen, Seite 22; Kontakte/Impressum, Seite 23



Milchmarkt gestalten

Gern hätten der Milchindustrieverband, die Molkereien, der Bauernverband und andere Verfechter der Weltmarktorientierung das Quotenende geräuschlos und ohne Widerstand in einer Hochpreisphase wie im Frühjahr 2014 über die Bühne gebracht. Aber dann kam es bei anhaltend steigender Produktion zu einem Einbruch der Nachfrage, verstärkt durch das Russland-Embargo. Seit Juli 2014 sind die Preise im freien Fall. In Norddeutschland liegen sie flächendeckend unter 30 Cent, die ersten Molkereien nähern sich der 25-Cent-Marke. Der Süden mit seiner weniger exportorientierten Milchwirtschaft hält sich noch etwas besser. Die Blühträume vieler expandierender Kollegen zerplatzen, weil sie zusätzlich zu den zurückgehenden Milchpreisen auch noch mit einer hohen Superabgabe rechnen müssen. Die Molkereiwirtschaft hat kein Konzept für die Krise, allenfalls wird die Hoffnung auf neue Absatzmärkte beschworen. Alles andere regelt der Markt, spricht: Wenn der Preis tief genug sinkt, müssen Betriebe aufgeben, bis das Angebot wieder der Nachfrage entspricht. Bis es so weit ist, verlieren alle Milchproduzenten viel Geld. Was für ein primitives Verständnis von Markt!

Warnende Stimmen gab es genug, denn seit Anfang letzten Jahres war diese Entwicklung des Weltmarktes absehbar. Das European Milk Board (EMB) hat ein Konzept für den Krisenfall vorgelegt, mit dem rechtzeitig gegengesteuert werden könnte. Die Vorschläge liegen auf dem Tisch, werden aber von Molkereiwirtschaft und Bauernverband mit Unterstützung geneigter Wissenschaftler heftig bekämpft. Wieder einmal zeigt sich: Außer den betroffenen Milchbauern ist niemand an kostendeckenden Milchpreisen wirklich interessiert.

Neben dem gemeinsamen Einsatz für Kriseninstrumente ist es unsere Aufgabe als Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), grundsätzliche Wege und Bedingungen für eine Milcherzeugung in bäuerlicher Hand aufzuzeigen. Da ist zunächst einmal das Problem der Verdrängung kleiner und mittelständischer Betriebe durch das aggressive Wachstum einiger Großbetriebe – begünstigt in einem unfairen Wettbewerb durch Stallbauförderung, Staffelpreise von Molkereien und das ungerechte System der Direktzahlungen. Wir fordern eine Umstellung der Förderung auf Qualität statt Quantität mit Obergrenzen und Kriterien wie z. B. Auslauf oder Weidegang. Die Privilegierung für Stallbauten ist für Rinder mit 600 Tieren viel zu hoch angesetzt. Ein weiterer wichtiger Punkt ist das Tierwohl. Hier müssen eine wiederkäuergerechte Fütterung mit begrenztem Kraftfuttereinsatz und vor allem Weidehaltung durch einkommenswirksame Programme gefördert werden. Es geht darum, wie wir die hohe gesellschaftliche Akzeptanz für die Milcherzeuger erhalten können. Das geht eben nur mit einer Milcherzeugung in bäuerlichen Betrieben, standortangepassten Größen und mit Kühen auf der Weide, die unsere Wirtschaftsweise transparent machen. Wenn die Verbraucher sehen, dass diese Milcherzeugung gesellschaftliche Erwartungen wie Naturschutz, Landschaftserhalt, Förderung der Biodiversität und Tierschutz erfüllt, dann und nur dann werden sie sich auch gemeinsam mit uns für den Erhalt unserer Betriebe einsetzen.

*Ottmar Ilchmann,
Milchviehhalter und stellvertretender Bundesvorsitzender der AbL*

Landreform für Bauern oder Konzerne?

Die Ukraine könnte ein neues Zentrum des Landgrabbing von Agrarindustriellen aus aller Welt werden

Lichtblick Landwirtschaft – so der Titel eines Handelsblatt-Artikels über den Agrarsektor der Ukraine. Während die Industrieproduktion sinkt, steigen die ukrainischen Getreide- und Sonnenblumenerten auf den riesigen Schwarzerdeflächen – auch ohne die Krim und die nicht abgeernteten Flächen im Industrievier Donbass. Die ukrainische Regierung hofft – gerade angesichts weggebrochener Lieferungen nach Russland und westlicher Milliardenkredite – auf den Ausbau der Exporte von Weizen, gentechnikfreiem Soja und Fleisch. Sie will die Ukraine zum „investorenfreundlichsten Land der Region“ machen.

Der ukrainische Oligarch Firtasch möchte denn auch mit Deutschland einen Garantiefonds über 500 Millionen Dollar schaffen, in den auch Großunternehmer wie Achmetow und Pintschuk investieren, um die Finanzierung von Agrarprojekten zu erleichtern. Auch John-Deere-Manager Stratmann wünscht sich ein „beherzteres Auftreten“ der Bundesregierung in der Ukraine: Bislang gebe es in der ukrainischen Landwirtschaft etwa 400 deutsche Investoren, in der rumänischen aber 8.000. Jetzt sei der richtige Zeitpunkt für Investitionen, die Preise seien günstig. Auch Rainer Lindner, Chef des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft, sieht die Landwirtschaft als „treibende Entwicklungskraft der ganzen Region“ und fordert „mutige Reformen beim Bodenrecht und die Einführung moderner Technologien“. Das sieht auch Alex Lissita so, Chef des Ukrainian Agribusiness-Clubs und der börsennotierten Industrial Milk Company mit 136.000 Hektar und 7.000 Kühen.

Kleinbauern, Oligarchen und Multis

An einen breiten Verkauf von Agrarflächen denkt die ukrainische Regierung aber laut Handelsblatt noch nicht – eher an eine Landreform und privaten Landbesitz als Sicherheit für Kredite. Fast ein Fünftel der Bevölkerung (vor allem im Westteil) lebt von der Landwirtschaft, die 12% des Bruttoinlandsprodukts erzeugt. Die Ukraine hat mit 32 Millionen Hektar doppelt so viel Ackerland wie Deutschland, erzielt aber mit 35 Millionen Tonnen nur 70% der deutschen Getreideproduktion (die FAO hält 75 Millionen Tonnen für möglich). 40 % der Agrarflächen werden durch kleine, aber stabile

Subsistenzbetriebe unter einem Hektar bewirtschaftet, 50% durch Kolchose-Nachfolger auf Pachtbasis (mit durchschnittlich 1.200 Hektar), die restlichen 10% durch Kleinbetriebe mit durchschnittlich fünf Hektar und durch 43.000 Mittelbauern (80 bis 500 Hektar).

Ausländische Investoren

Laut neuer ukrainischer Regierung sollen Bodenverkäufe vorerst verboten bleiben. Aber bereits unter der alten Regierung Janukowitsch wurde laut Wirtschaftswoche mit China vereinbart, dass das Staatsunternehmen XPCC vom ukrainischen Agrarkonzern KSG Agro 100.000 Hektar in der Schwarzmeerregion kaufen kann. China will bis zu drei Millionen Hektar besten Landes in der Ostukraine kontrollieren – eine Fläche so groß wie Belgien. Auch die Golfstaaten sind in der Ukraine aktiv. Laut Bericht des amerikanischen Oakland-Instituts wurden seit 2002 schon 1,6 Millionen Hektar Land an multinationale Unternehmen überschrieben. Davon gingen mehr als 405.000 Hektar an ein Unternehmen mit Sitz in Luxemburg, weitere 444.800 an einen in Zypern registrierten Investor, 120.000 an ein französisches Unternehmen und 250.000 Hektar an eine russische Firma. Der Rohstoff-Multi Cargill, Anbieter auch von Agrarchemie, hat demnach in Getreidesilos, Hafenterminals, Sonnenblumenöl- und Futtermittelwerke investiert und zudem Anteile an UkrLandFarming, dem größten Agrarunternehmen des Landes, erworben. Berichtet wird von Investitionen von Monsanto und DuPont in Saatgutfabriken.

Rahmenbedingungen

Auf die Attraktivität produktiver Böden, niedriger Lohnkosten und attraktiver Lagen für internationale Investoren verweist auch das deutsche IAMO-Institut – aber auch auf die hemmenden politischen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen mit ineffizienter Verwaltung und Korruption.

Eckehard Niemann



Nicht nur die Statue 'Frau mit Kind' in der ukrainischen Hafenstadt Odessa blickt in eine ungewisse Zukunft
Foto: Bildpixel/Pixelio

Welche Agrarstruktur in Ostdeutschland?

Rechtsgutachter der Universitäten Halle und Bonn haben für den Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften (BLG) die „Möglichkeiten einer gesetzlichen Steuerung im Hinblick auf den Rechtserwerb von Anteilen an landwirtschaftlichen Gesellschaften sowie zur Verhinderung unerwünschter Konzentrationsprozesse beim landwirtschaftlichen Bodeneigentum“ ausgelotet. Hintergrund ist die in den letzten Jahren verstärkt in der Öffentlichkeit geführte Debatte um den Einstieg außerlandwirtschaftlicher Investoren besonders in große Agrarbetriebe in Ostdeutschland. In diesem Zusammenhang hatte auch die Agrarministerrunde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die auf der Agrarministerkonferenz im März Ergebnisse, sprich Handlungsoptionen, vorlegen will und soll. Handlungsoptionen zeigt nun auch das im BLG-Auftrag geschriebene Gutachten auf. Es sagt sehr deutlich, dass beschränkende Eingriffe in die Möglichkeiten der Beteiligung an Agrargesellschaften durchaus mit dem EU-Recht vereinbar sind. Voraussetzung, und das scheint der entscheidende Punkt bei allen derartigen Bemühungen, sei aber die Definition einer Zielvorstellung von Agrarstruktur durch die Politik. Damit haben sich die Verantwortlichen besonders in den ostdeutschen Bundesländern immer schon schwer getan und werden auch jetzt, trotz aller Bekenntnisse zu Obergrenzen und Handlungsbedarf, kaum konkret werden. Denn wenn sie ehrlich wären, müssten sie zugeben, dass sie immer schon die großen Strukturen gewollt und unterstützt haben und auch jetzt nur vordergründig die Landkonzentration in Händen finanzgewichtiger Industrieller ablehnen. Wie sonst ist zu erklären, dass der Bund als Landbesitzer keine Pachtverträge kündigt, wenn der Industrielleneinstieg in den Agrarbetrieb erfolgt? Auch Möglichkeiten, über gesetzliche Regelungen strukturell wirksam einzugreifen, hat es in der Vergangenheit häufig gegeben. Sie wurden im Sinne der großen Strukturen angewendet. Gerade erst hat die Regierung des Landes Brandenburg es abgelehnt, „ortsansässigen Landwirten“ (wie immer das dann definiert worden wäre) ein Vorkaufsrecht in Sachen Boden einzuräumen. Diesen Antrag hatten die Oppositionsparteien aufgrund der Empfehlungen der fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe zur Bodenpolitik eingebracht, die als Folge der Enquetekommission zur Stasivergangenheit entstanden war. Es weht der lange Atem der Geschichte. cs

TTIP und CETA: Demokratie auf der Kippe

Freihandelsabkommen schaffen neue Instrumente für Konzerne

Noch nie wurde so viel über Freihandelsabkommen in der Öffentlichkeit diskutiert wie zurzeit. „Die Kritiker zwingen uns, genau hinzuschauen“, begann der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel seine Rede noch wohlwollend auf der jüngsten SPD-Konferenz in Berlin mit dem Titel „Transatlantischer Freihandel – Chancen und Risiken“. Dann begann Gabriel zu wettern: Aber der Aufkleber „TTIP ist böse“ würde in der Bevölkerung nur Ängste gegen TTIP schüren. Damit griff er sich ein Element der seit fast zwei Jahren andauernden und vielfältigen Kampagne des bundesweiten Bündnisses „TTIP Unfairhandelbar“ heraus. „Wir stellen uns hier den Argumenten und Fragen“, kam Gabriel auf die von ihm einberufene TTIP-Konferenz zurück, „während draußen PR gemacht wird“. Draußen standen rund 100 Demonstranten mit Bannern, Plakaten und einem gigantischen trojanischen Pferd, um die Gäste von Sigmar Gabriel bei der SPD-Konferenz zu TTIP und CETA vor dem Willy-Brandt-Haus zu begrüßen. Es wurden Info-Materialien verteilt und die geladene Prominenz aufgefordert, die selbst organisierte Europäische Bürgerinitiative „Stop TTIP“ gegen die beiden geplanten Freihandelsverträge zu unterschreiben. Die Aktion wurde von „Stop TTIP“ und vom Bündnis „TTIP Unfairhandelbar“ veranstaltet und von Attac Deutschland, dem BUND, Campact, Foodwatch, dem Umweltinstitut München, Powershift und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft unterstützt.

Einfluss der Konzerne

Auf der SPD-Konferenz vertraten die Vortragenden Funktionäre vehement die Meinung, dass die geplanten Freihandelsabkommen der EU mit den USA (TTIP) und mit Kanada (CETA) prinzipiell große Chancen böten. „Die regulatorische Kooperation darf aber nicht die demokratischen Prinzipien unterwandern“, sagte Gabriel. Er sagte nicht, dass das aktuelle TTIP-Dokument der EU-Kommission vom 10. Februar zu dem Instrument regulatorische Kooperation genau dies vorsieht. Diesem Textvorschlag zufolge werden Konzerne der USA und der EU künftig bei jeweiligen Gesetzesvorhaben einbezogen und können dadurch Einfluss erhalten. Artikel 5 des Dokumentes, „Early information on planned acts“, sieht eine Art Frühwarnsystem für Ge-

setze vor. Sollen in Europa neue Gesetze erlassen werden, würden diese also zunächst den USA vorgelegt und umgekehrt. Mitzuteilen sind jeweils Ziel und Umfang des geplanten Gesetzes, der Zeitplan und eine Auflistung möglicher Folgen für den transatlantischen Handel, das steht in dem Dokument geschrieben. Unter Artikel 6, „Stakeholder Consultation“, verbirgt sich, dass Interessengruppen die Möglichkeit haben sollen, ihre Anmerkungen zu Regulierungen zu machen. Dieser Prozess soll in den finalen Gesetzestexten berücksichtigt werden. Artikel 14 institutionalisiert die regulatorische Kooperation, indem ein regulatorischer Kooperationsrat (Regulatory Cooperation Body) eingerichtet wird.

Brandgefährliche Formulierungen

„Die Entdemokratisierung der gewählten europäischen Parlamente ist mit dem neuen Instrument der regulatorischen Kooperation vorprogrammiert“, sagt Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). „Auch im aktuellen CETA-Vertrag ist bereits solch eine Kooperation zu Fragen der Handhabung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln festgeschrieben. Es geht dabei um die Vermeidung von Unterschieden in den jeweiligen Bestimmungen und die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit. Das sind brandgefährliche Formulierungen, die sich die Gentechnikindustrie zu Nutzen machen kann. Sie möchte ihre Interessen an der klaren Ablehnung der Zivilgesellschaft in Europa vorbei durchsetzen.“ Die Absenkung der Standards für Landwirtschaft und Verbraucherschutz läuft darüber hinaus schon auf Hochtouren. Davor, dass die deutsche Bundesregierung und die EU-Kommission im Zuge der TTIP-Verhandlungen einschlägigen Konzernen den Gentechnik-Teppich schon ausrollen, warnt die AbL seit Monaten. Diese Zusammenhänge gibt jetzt auch EU-Agrarkommissar Phil Hogan erstmals öffentlich preis und lässt sich wie folgt zu TTIP zitieren: GVO sei ein heikles politisches Thema, auch wenn es rein wissenschaftlich betrachtet vielleicht keine Einwände gebe. Er räumte ein, dass die Verzögerung von Importzulassungen in der EU zu einem Problem werden könnte, wenn sich dadurch die Kosten für Futtermittel aus Übersee erhöhten. Die Kommission werde darüber und



Volksvertreter, hört die Signale!

Foto: Grodotzki/Campact

über den Prozess insgesamt in den nächsten Wochen eine detaillierte Diskussion führen. Gleichzeitig stellte Hogan in Aussicht, dass mit der gerade beschlossenen Optout-Regelung zum GVO-Anbau sich zumindest in einigen Teilen Europas die Aufnahme der Gentechnik beschleunigen dürfte. Eine weitere ausgewählte Behauptung aus der SPD-Veranstaltung ist, dass durch TTIP vor allem kleine und mittlere Unternehmen profitierten. Für die Landwirtschaft trifft das mit großer Wahrscheinlichkeit nicht zu. Das vom EU-Parlament beauftragte landwirtschaftliche TTIP-Gutachten vom Juli 2014, an dem der wirtschaftsnahe Gabriel Felbermeyer vom ifo-Institut München beteiligt war, kommt zu dem Schluss: Die landwirtschaftliche Wertschöpfung in der EU sinkt durch TTIP um 0,5 %, während sie in den USA um 0,4 % steigt. Selbst die europäische Stärkeindustrie, zu der auch der Verband der deutschen Getreideverarbeiter und Stärkehersteller gehört, sieht für sich eine Gefahr durch TTIP und veröffentlichte am 17. Februar ein Positionspapier zum geplanten transatlantischen Freihandelsabkommen mit den USA. Darin heißt es: „Aufgrund der strukturellen Unterschiede in den USA kann die europäische Stärkeindustrie nicht

auf einem notwendigen fairen Niveau konkurrieren. In den vergangenen 20 Jahren führten unterschiedliche politische Maßnahmen in den jeweiligen Ländern zu einem tiefgreifenden strukturellen Unterschied zwischen der US-amerikanischen und europäischen Stärkeindustrie. Die europäische Stärkeindustrie sieht ihre Zukunft massiv bedroht durch einen Abbau von Zöllen in ihrem Bereich im Rahmen eines transatlantischen Freihandelsabkommen.“ Statt aber in dieser Logik skeptisch gegenüber TTIP zu sein, fordert die Stärkeindustrie, selbstverständlich mit Ausnahme ihres eigenen Sektors, „einen positiven Abschluss der Verhandlung mit einem weitreichenden Abbau von Zöllen und anderen Handelshemmnissen“. Aus Sicht von Bauern und Verbrauchern sind eine gentechnikfreie Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung, keine Patente auf Leben, kein Hormonfleisch, keine Chlorhühnchen, keine Klontiere u.v.m. unverhandelbar. Die AbL fordert, TTIP und CETA zu stoppen.

Berit Thomsen,
AbL-Internationale Agrarpolitik

Neues AbL-Hintergrundpapier und weitere Informationen unter: abl-ev.de/themen/faire-welthandel/materialien

Ungerechtigkeiten im System

Das landwirtschaftliche Sozialsystem muss überarbeitet werden

Die Beitragsbemessung bei der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft wurde geändert. Der Beitrag wird nun nicht mehr nach der Fläche berechnet, sondern nach dem Arbeitsbedarf: ein ausgeklügeltes System mit kalkulatorischen Berechnungen mit Degressionsfaktoren für den Arbeitsaufwand bei den einzelnen Tierarten und Flächenkulturen. Je kleiner und vielfältiger der Betrieb ist, desto mehr Arbeit fällt an, also ist die Unfallgefahr gleichfalls höher, also müssen diese Betriebe mehr bezahlen als große Betriebe mit monofaktigen Flächen bzw. großen Tierbeständen. So hat sich der Spitzenverband der landwirtschaftlichen Sozialversicherung das ausgedacht und eingeführt. Eine Berechnung der Beiträge zur Berufsgenossenschaft über den Faktor Arbeit statt über die Fläche wird nun genutzt, um erneut kleinere, vielfältige, tierhaltende, bäuerliche Betriebe schlechter zu stellen. Dabei böte sich doch der genau umgekehrte Weg, nämlich Betriebe mit viel Arbeit finanziell zu entlasten. Die AbL Bayern hat daraufhin einmal mehr ihre Forderung bekräftigt, die landwirtschaftlichen Flächenprämien der EU mit der anfallenden Arbeit zu koppeln. Dies wurde bislang immer als zu bürokratisch und deshalb nicht durchführbar abgelehnt. Wenn doch aber bei der Berufsgenossenschaft der umgekehrte Weg nicht zu bürokratisch ist, warum sollte es für die Direktzahlungen nicht auch gehen?

Alles in Frage gestellt?

Nach genaueren Recherchen fanden wir immer mehr Ungerechtigkeiten im ganzen landwirtschaftlichen Sozialsystem, die uns Anlass gaben, das ganze System in Frage zu stellen. Angefangen von der Zusammensetzung der Selbstverwaltung mit einer Drittelparität: ein Drittel Selbstständige mit Fremdarbeitskräften, ein Drittel Fremdarbeitskräfte und ein Drittel Selbstständige ohne Fremdarbeits-

kräfte. Alle drei Teile sind gleich stimmberechtigt. Da wundert es einen nicht, dass es zu solchen ungerechten Beitragserhebungen kommt. Außerdem wurden in der Vergangenheit keine echten Wahlen der Selbstverwaltung durchgeführt, sondern so genannte Friedenswahlen. Auch hier fanden wir bei Nachforschungen, dass das Arbeits- und Sozialministerium dies bemängelt und die Friedenswahlen abschaffen will. Auch unterschiedliche Bezahlungen bei Berufsunfällen sind uns aufgefallen. So werden Fremdarbeitskräfte bei Rentenansprüchen viel besser gestellt als die Bauern selber. Die Beiträge zur Sozialversicherung werden aber zum größten Teil von den kleinen Betrieben bezahlt, die gar keine Fremdarbeitskräfte haben. Alles in allem schreit das ganze landwirtschaftliche Sozialsystem vor Ungerechtigkeiten. Bei der Krankenversicherung ist die Landwirtschaft die einzige Berufsgruppe, die keine freie Wahl der Krankenkasse hat. Die Alterskasse wird mit einem hohen Anteil aus dem Bundeshaushalt gestützt, da immer weniger Bauern immer mehr Altenteiler finanzieren. Außerdem hat sich mittlerweile über die Hälfte der Bauern und Bäuerinnen von der Alterskasse befreien lassen. Dieses System kann zukünftig nicht mehr haltbar sein. Hier wäre eine Überführung in die gesetzliche Rentenversicherung schon auf dem Hintergrund des „Generationsvertrags“ sinnvoll, da die Bauern die meisten Kinder haben und diese wiederum außerlandwirtschaftliche Berufe erlernen und somit auch in anderen Kassen versichert sind, aber nicht für ihre Eltern „versicherungsmäßig“ aufkommen. Die Hofabgabeklausel rundet dann das ganze Dilemma ab. Es gibt also viel zu diskutieren, vor allem vor dem Hintergrund, dass im Frühjahr 2017 neue Wahlen zur Selbstverwaltung der SVLFG anstehen.

Ute Gasteiger, Andreas Remmelberger, AbL Bayern



Bei Unfällen mit ganz kleinen Treckern ist die Berufsgenossenschaft nicht gefragt Foto: Havlena/pixelio

Schmidt will Gentechnik-Flickenteppich

Geht es nach Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU), sollen die Bundesländer mögliche Gentechnik-Anbauverbote in Deutschland erlassen, erklärte er gegenüber der Nachrichtagentur dpa. „Das Verbot soll nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch einer gerichtlichen Überprüfung standhalten“, begründete Schmidt seine Äußerung, da nur von den Ländern die EU-rechtlich vorgesehenen Voraussetzungen am besten rechtssicher zu erfüllen seien. Dagegen strebt „das Bundesumweltministerium ... weiterhin eine bundesweit einheitliche Lösung an“, sagte eine Sprecherin gegenüber der Berliner Tageszeitung, denn „nur mit einem nationalen Anbauverbot können wir einen Flickenteppich verhindern“. Die hessische Agrarministerin Priska Hinz (Vorsitzende der kommenden Agrarministerkonferenz) übte Kritik an Schmidt und betonte, die Länder seien sich einig, das von der EU ermöglichte Anbauverbot „bundesweit und einheitlich“ zu regeln. Die AbL forderte die Bundesregierung auf, sich der Verantwortung zu stellen. Sie habe den EU-Regelungen zugestimmt und jetzt müsse sie auch dafür sorgen, im Gentechnikgesetz bundesweite Verbotsgründe zu verankern und sich auch möglichen Konzernklagen stellen, anstatt diese auf die Bundesländer abzuwälzen. Ein Entwurf zur Änderung des Gentechnikgesetzes aus dem Landwirtschaftsministerium befindet sich aktuell in der Abstimmung innerhalb der Bundesregierung bzw. den zuständigen Ministerien. Es könnte bereits im März zu einer Ressortabstimmung kommen. Danach kommt es in den Bundesrat. av

KWS will Landessortenversuche aushebeln

Das Pflanzenzüchterunternehmen KWS will ein eigenes Prüfsystem für neu in der offiziellen Wertprüfung befindliche Sorten etablieren. Damit will sich die Firma für ihre neuen Produkte einen zeitlichen Vorsprung verschaffen, denn während andere neue Sorten nach ihrem Durchlaufen der Wertprüfungen durch das Bundesortenamt und der Zulassung in den Landessortenversuchen auf ihre Anbauwürdigkeit in unterschiedlichen Regionen getestet und bewertet werden, soll dies nun innerhalb der KWS parallel ablaufen. Vor dem Hintergrund, dass die Landessortenversuche aufgrund von Sparmaßnahmen sowieso schon reduziert wurden und ums Überleben kämpfen, wirkt diese neue Strategie wie ein weiterer Sargnagel einer unabhängigen, staatlich beaufsichtigten Sortenprüfung. Dass diese aber nach wie vor wichtig ist, um Bauern und Bäuerinnen einen objektiven Blick auf die Sorten in ihrer Region zu ermöglichen, zeigte in der Vergangenheit so manches, sich im Landessortenversuch in Luft auflösende, vollmundige Züchtersversprechen bezüglich der Vorzüglichkeit einer neuen Sorte. cs

In hohe Investitionen getrieben?

Die vom Bayerischen Agrarministerium herausgegebene Zeitung „Schule und Beratung“ befasst sich in Ausgabe 1/2015 mit den „durchaus ernst zu nehmenden“ Vorwürfen, dass Landwirtschaftsschulen die Hofnachfolger in hohe Investitionen treiben würden: Diese Frage könne nicht pauschal beantwortet werden, unterstreiche aber die „Verantwortung der Lehrkräfte für eine betriebsindividuelle Ziellösung“. Eine Auswertung von 80 Wirtschaftler-Arbeiten mit Ziellösungen in der Milchviehhaltung ergab, dass beim Istzustand Gewinn und Eigenkapitalbildung mit steigenden Kuhzahlen höher ausfallen – aber mit zum Teil großen Unterschieden. Im Mittel bestehe bereits ein Tierbesatz von mehr als 2 GV/ha. Im Mittel änderten sich bei der Betriebsoptimierung die Kuhzahl, die Flächenausstattung und der Pachtanteil nur wenig. Die angenommene Steigerung von Gewinn und Eigenkapital sei zumeist als „sehr optimistisch anzusehen“. Ein Zusammenhang zwischen Betriebsgröße oder wirtschaftlichem Erfolg und Investitionsvolumen konnte nicht gefunden werden. Mit kleinen Investitionen war oft eine Steigerung des Betriebsgewinns möglich. Viele Investitionen rechneten sich erst nach erfolgreicher Optimierung der Produktionstechnik. en

Hofzertifizierung durch lokale Netzwerke in Frankreich

Ein Gespräch mit Sophie Vialla und Geoffroy Raout über eine bislang weitgehend unbekanntes Zertifizierungs-idee

Unabhängige Bauernstimme: Sie be-
teiligen sich in Frankreich bei Nature
& Progrès (N&P), einer Organisation,
die Erzeuger von Lebensmitteln und
Konsumenten durch ein Partizipatives
Garantiesystem (PGS) eng verknüpft.
Auf welche Weise können Sie sich als
Konsumenten einbringen?

Sophie Vialla und Geoffroy Raout:
N&P ist in Regionalgruppen organi-
siert. In unserer Gruppe in Gard (De-
partement in Südfrankreich) haben wir
verschiedene Aktivitäten: Verbraucher
und Verbraucherinnen sind aufgerufen,
an Hofbesuchen teilzunehmen; darüber
hinaus machen wir bei Veranstaltungen
(z. B. am Tag des Baums) Infostände
mit der Zeitschrift „Nature et Progrès“
und Büchern. Von Zeit zu Zeit organi-
sieren wir auch pädagogische Mitma-
changebote zu Themen wie Bodenleben
oder Bienen.

**Welche Vorteile sehen die Bauern und
Bäuerinnen im PGS im Vergleich zu
einer EU-konformen Zertifizierung
wie dem französischen Bio-Siegel
„AB“?**

N&P ist finanziell günstiger, was damit
zu tun hat, dass es sich nicht um einen
Vermarktungsdienst handelt. PGS er-
möglicht gegenseitige Unterstützung
und Vernetzung. Es geht weniger dar-
um, Normen vorzugeben, sondern
mehr darum, sich an die regionalen
Besonderheiten anzupassen.

**Welchen Prozess muss man durchlau-
fen, um N&P-Hof zu werden?**

Man muss einen Antrag an den N&P-
Verband stellen, der an die lokale ge-

mischte Genehmigungs- und Kontroll-
kommission (COMAC) übermittelt
wird. Voraussetzung für eine Aufnahme
ist, dass die Bewerberin/der Bewerber
die N&P-Richtlinien und die Charta re-
spektiert, in der es insbesondere um ge-
meinsame Werte geht. Wenn die CO-
MAC ein positives Urteil fällt, wird der
Hof als N&P-Mitglied anerkannt.

**Was sind die Aufgaben der CO-
MACs?**

Diese Kommissionen organisieren die
Besuche auf den Höfen und bei den
handwerklichen Verarbeitern: Sie orga-
nisieren die Planung des Besuchs, an
dem mindestens ein Erzeuger und ein
Konsument teilnehmen muss. Nach
einem Besuch kommt die Besuchs-
gruppe nochmal zusammen, um ge-
meinsam zu beraten. Sie studieren die
Besuchsberichte, überprüfen, ob das
Regelwerk von N&P respektiert wird
und übermitteln eine Stellungnahme an
die Bundes-COMAC, um die „men-
tion“, die Auszeichnung, für den Be-
trieb zu bekommen.

**Ist die Bundes-COMAC die zentrale
Struktur von N&P?**

Ja. Sie ist die Instanz, die für die Ver-
gabe der „mention“ verantwortlich ist.
Sie besteht aus Vertretern der lokalen
COMACs. Sie kümmert sich um Be-
schwerdeanträge und achtet darauf,
dass die Stellungnahmen der COMACs
aufeinander abgestimmt sind.

**Wie entscheidet ihr, welche Personen
aus den COMAC-Gruppen die Höfe
besuchen?**

Partizipative Garantiesysteme (PGS)

Bei PGS handelt es sich um eine Form der Qualitätssicherung und Gruppenzerti-
fizierung insbesondere für lokale Märkte für Lebensmittel. Basis ist die aktive
Teilhabe aller Interessenvertreter auf Grundlage von Vertrauen, sozialen Netz-
werken und Wissensaustausch. Gemeinsam werden Leitlinien für die Produktion
entwickelt und die Umsetzung durch Hofbesuche überprüft. PGS wird in Ländern
der Südhalbkugel häufiger praktiziert als in Europa, jedoch meistens im Zusam-
menhang mit ökologischer Landwirtschaft bzw. agrarökologischen Methoden.
Solche Systeme stellen eine Alternative zu Drittparteienzertifizierungssystemen
mit externen Kontrollstellen dar – und könnten z. B. bei Konzepten wie der
Solidarischen Landwirtschaft genutzt werden. Für die EU-Öko-Zertifizierung sind
PGS nicht zulässig. Eine Ausnahme bilden hier so genannte interne Kontrollsys-
teme für Importe aus Drittstaaten, bei denen eine unabhängige Kontrollstelle
die Eigenkontrolle einer Gruppe zahlreicher Kleinbauern entsprechend klar
definierter Regeln und Strukturen und mit Hilfe von Stichproben überprüft.
Eine der Pionier-Initiativen der 70er Jahre mit PGS ist die französische Organi-
sation „Nature & Progrès“ (Natur und Fortschritt), die 2014 ihr fünfzigjähriges
Jubiläum feierte. Bei N&P sind 740 Erzeuger, 169 handwerkliche Verarbeiter und
795 Konsumenten Mitglied. An den Hof- bzw. Betriebsbesuchen nehmen auch
Vermarkter teil. Mitgliedsbetriebe können ihre Produkte mit einem eigenen
Logo, der „mention“, auszeichnen.



Auf dem Land in Frankreich - ein Platz um Bauern und Verbraucher an einen Tisch zu holen

Foto: Caspary/pixelio

Die Höfe werden jedes Jahr von ver-
schiedenen Leuten besucht – das er-
laubt einen neuen Blick und einen
neuen Austausch. Anhand der Auf-
zeichnungen vom vorangegangenen
Jahr sieht man, was die anderen ange-
merkt haben und ob die Verbesserungsvor-
schläge umgesetzt wurden (falls es
welche gab). Aus praktischen Gründen
haben wir uns entschieden, dass man
unabhängig von der eigenen Erzeu-
gungsrichtung jeden Hof besuchen
kann. Sonst würden sich immer die
Gleichen besuchen.

Wie laufen die Hofbesuche ab?

Es finden vor allem Gespräche über die
fachliche Praxis, über Wissen und of-
fene Fragen statt. Der Besuch unterteilt
sich in zwei Abschnitte. Es gibt den ad-
ministrativen Teil mit der Überprüfung
der Flurstücke, den Rechnungen, Was-
seranalysen bei bestimmten Betrieben
(in der Nähe von Verschmutzungsge-
bieten, bei Bäckereien ...) und anderen
administrativen Dokumenten. Der an-
dere Teil ist für den Besuch der Felder,
der Werkstätten usw. Es wurden
Checklisten erstellt, die an die Überprü-
fung der wichtigsten Punkte in Bezug
auf die jeweilige Erzeugung erinnern.
Wenn technische Fragen nicht beant-
wortet werden können, werden diese
an die COMAC gerichtet, wo es kom-
petente Leute dafür gibt. Wenn es einen
lokalen Konflikt über die Vergabe der
„mention“ gibt, entscheidet das
Bundes-COMAC.

**Ist N&P für alle Arten von Höfen in-
teressant?**

N&P ist eher an bäuerliche Systeme
angepasst, die auf Vielfalt setzen, in der
Landwirtschaft ebenso wie in der hand-
werklichen Verarbeitung.

**Gibt es eine Zusammenarbeit zwi-
schen N&P und den Bioverbänden in
Frankreich auf lokaler oder nationa-
ler Ebene?**

N&P hat zwar einen Sitz bei IFOAM
Frankreich, wo auch die offiziellen Biover-
bände organisiert sind, und unsere Mit-
glieder sind oft auch in einem Bioverband,
aber auf der strukturellen Ebene gibt es
wenig Zusammenarbeit. Mit dem Berufs-
verband der Heilkräuterproduzenten sind
wir hingegen enger verbunden. In Lozère
(Département in Südfrankreich) teilen wir
uns sogar eine COMAC.

**Welche Impulse für gesellschaftliche
Veränderung kann N&P in Frank-
reich geben?**

Wir sind mit neuen sozialen Ansätzen im
Umgang miteinander, also flache oder
gar keine Hierarchien, viel Partizipation
des Einzelnen, genauso fest verbunden
wie mit der biologischen und bäuerlichen
Landwirtschaft. Derzeit sind wir wenig
in nationalen Fachgremien präsent und
dafür mehr auf dem praktischen Feld, im
Erfahrungsaustausch und der Verbrei-
tung der Idee aktiv. Aber vielleicht ist es
vermessend, von einem Einfluss auf gesell-
schaftliche Veränderungen in Frankreich
zu sprechen – wir schaffen Bewegung auf
lokaler Ebene.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte
Rebecca Simon in Galizien

Bio und die hundertprozentige Verfügbarkeit

Wenn im Laden immer alles verfügbar sein soll, geraten die Grundlagen des Ökolandbaus in Gefahr

Der Bioumsatz lag im vergangenen Jahr bei knapp 8 Mrd. Euro und damit rund fünf Prozent über dem Vorjahr. Der Wermutstropfen: Die Ökofläche und die Anzahl der Biobetriebe nahmen im gleichen Zeitraum deutlich langsamer um 2,7 % bzw. 2,9 % zu. Ein Grund hierfür, so Martin Hofstetter, Agraringenieur und Political Advisor bei Greenpeace: „Biobauern verdienen zurzeit schlechter als konventionelle Betriebe. Landwirte, die aus Überzeugung zum Biolandbau gewechselt sind, haben inzwischen alle umgestellt. Nun entscheiden vor allem Kosten und Preise darüber, ob Landwirte auf Ökoanbau umstellen oder nicht. Doch während die Biopreise auch durch den Preisdruck von Importware stagnieren, haben einige konventionelle Landwirte sehr gutes Geld gemacht.“ Ein Grund für die stagnierenden Preise trotz steigender Nachfrage ist die Aufnahme von Bioprodukten ins Sortiment der Discounter und Lebensmittelketten. Spätestens in diesem Moment zogen die international agierenden Einkäufer mit ihrer Suche nach den günstigsten Anbietern auch im Biobereich ein, mit massiven Auswirkungen auf das Preisgefüge zwischen Produzent und Abnehmer. Der internationale Biohandel verspricht Gewinne und wuchs schnell. Schneller, als die Kontrollorganisationen wirksame Strukturen aufbauen konnten. In regelmäßigen Abständen werden Betrügereien mit konventionellen Produkten, die als Bio deklariert werden, bekannt. Besonders ärgerlich, dass die zuständigen Behörden in den Herkunftsländern sehr unterschiedlich mit derartigen Verstößen umgehen. Der Betrug bleibt zwar ein Betrug, aber die Konsequenzen für die Abnehmer umdeklariert Ware können sehr unterschiedlich ausfallen. Während in Deutschland beispielsweise der Einsatz konventionellen, in Italien zu Bio umdeklarierten, Weizens und Sojas bei den betroffenen Betrieben zu einer Aberkennung des Biostatus für einen begrenzten Zeitraum führte, wurde dies in anderen Ländern entspannter gesehen und die Eier wurden weiterhin als Bio vermarktet. Dieses Ungleichgewicht soll zukünftig durch eine Clearingstelle vermieden werden.

Stoffkreisläufe

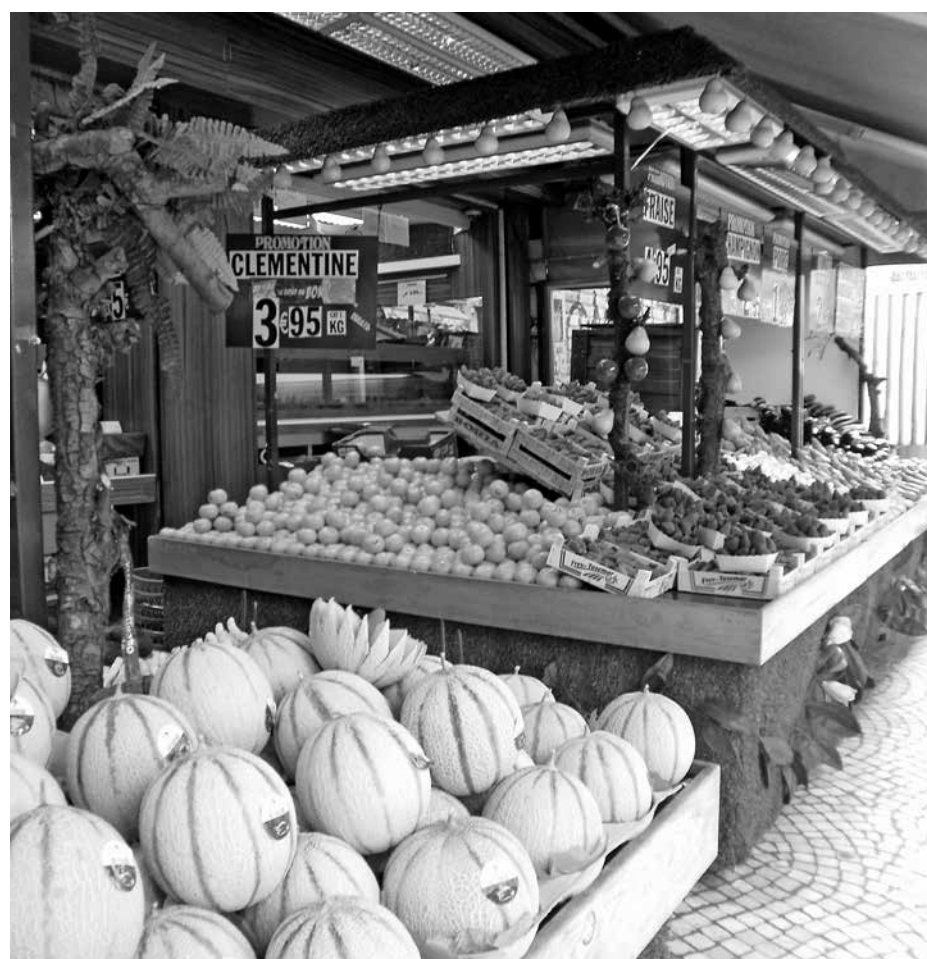
Derzeit scheint es unerreichbar, den Bedarf an Bioprodukten aus regionalen, einheimischen Quellen zu decken. Dies betrifft nicht nur Obst und Gemüse, sondern auch Futtermittel. Vor allem Eiweißträger sind nur in begrenzter Menge aus heimischer Produktion verfügbar. Die Ware über

weitgehend anonyme Händler im Ausland zu beziehen, birgt große Risiken, wie das oben beschriebene Beispiel zeigt. Mit Donau-Soja hat sich im Südosteuropäischen Raum eine Organisation gegründet, die vor Ort für hohe Qualitätsstandards garantieren will. Die enge Zusammenarbeit mit den hiesigen Bioverbänden und Futtermischern soll Transparenz schaffen und nachvollziehbare Warenströme garantieren. Längst sind seriöse Unternehmen dazu übergegangen, sich die Betriebe ihrer Handelspartner vor Ort anzusehen, anstatt allein Kontrollzertifikaten zu vertrauen.

Kreisläufe

Auch wenn es gelingt, sichere Herkünfte und Warenströme zu etablieren, so bleibt ein Grundproblem bestehen: Das dem Ökolandbau zugrunde liegende Denken und Wirtschaften in Kreisläufen wird durch immer größere Transportwege und Transportmengen empfindlich gestört. Die Versorgung mit Kali und Phosphor kann im Ökologischen Landbau nur durch die Rückführung von Nährstoffen von außen aufrecht erhalten werden. Im Tiere haltenden Betrieb kann der Bedarf auch durch den Zukauf von Futter ausgeglichen werden. Ansonsten gilt es, die Nährstoffbilanz mittels Zuführung von Bioabfall-Kompo-

sten auszugleichen. Dies wird allerdings nur bei einer kleinräumigen Vernetzung zu realisieren sein. Niemand wird versuchen, Biokomposte nach Serbien zu transportieren, um die Nährstoffverluste des dortigen Sojaanbaus für deutsche Legehennen auszugleichen. Aber auch eine Verlagerung der gesamten Produktion nach Serbien wäre nährstofftechnisch betrachtet keine Lösung, denn am Ende entscheidet der Ort des Verbrauchs über den Verbleib der Rohstoffe. „Der Ackerbauer kann nur so lange nachhaltig Nährstoffe abgeben, als er auch wieder etwas zurückbekommt – sei es vom Tierhalter oder (beispielsweise in Form von Komposten) vom Verbraucher“, schreiben Walter Zwingel und Dr. Peter Manusch von der Naturland-Fachberatung in einem aktuellen Text zur Bedeutung der Nährstoffkreisläufe in den Naturland-Nachrichten. Bei einem immer stärker an Verkaufsmargen und Zuwächsen von Marktanteilen ausgerichteten Biohandel dürfen die Produzenten die Nachhaltigkeit ihrer Produktion nicht aus den Augen verlieren. Die selbstverständliche Verfügbarkeit fast aller Rohstoffe, ganz unabhängig von ihrer Herkunft, darf nicht dazu führen, die Grundlagen des ökologischen Wirtschaftens, den Kreislaufgedanken, zu vergessen. *mm*



Muss Bio konventionell können?

Foto: Kezia

Lebensmittelkonzerne schwach

Häufig und gerne rühmt sich der deutsche Lebensmittelhandel damit, wie viel er bereits in Sachen Tierwohl tue und ja auch zukünftig mit der Brancheninitiative tun wolle. Ein internationales Ranking Business Benchmark on Farm Animal Welfare (BBFAW), das jedes Jahr von verschiedenen Tierschutzorganisationen weltweit erstellt wird, hat nun sieben von acht untersuchten deutschen Unternehmen auf die hinteren Ränge verwiesen. Aldi Nord, Metro, Müller, Aldi Süd, Edeka Zentrale, Lidl und Kaufland wird attestiert, „Tierwohl nicht als einen Unternehmensfaktor“ zu betrachten. Einzig Rewe schneidet etwas besser ab, da anerkannt werden könne, „dass Tierwohlaspekte Eingang in Managementprozesse gefunden haben“. Zwar würden in verschiedenen deutschen Unternehmen durchaus Produkte verkauft, die nach höheren Tierschutzstandards erzeugt wurden, so der Bericht zum Ranking, man vermisse aber eine umfassende Unternehmensstrategie, die Einfluss auf die Lieferanten bezüglich der Tierhaltungsbedingungen nehme und eine entsprechende Kommunikation und Transparenz für den Verbraucher. So etwas finde sich bei den Briten Marks & Spencer und der schweizerischen Coop. *cs*

Schiffbruch an der Ems

Scharfe Kritik am undemokratischen Zustandekommen des „Masterplans Ems“ üben die örtlichen Bäuerinnen und Bauern in der niedersächsischen Region um Leer, wie auch der Landesverband Niedersachsen/Bremen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Gleichzeitig wird der im Masterplan vorgesehene Anspruch auf 700 Hektar Fläche, welches damit aus der landwirtschaftlichen Produktion genommen würde in Frage gestellt. Neben dem Verlust, würde die Verknappung die Pachtpreise der übrigen Fläche der Umgegend weiter in die Höhe treiben. Betroffen würden besonders tier- und umweltgerecht wirtschaftende weidehaltende Milchviehbetriebe. „Der Masterplan Ems“ ist der Versuch der Meyer Werft in Papenburg und der Umweltverbände einen Kompromiss aus Wirtschafts- und Umweltinteressen hinzukriegen. Dabei wird zum Teil allerdings auch das Mitbestimmungsrecht der betroffenen Kommunalpolitiker ausgehebelt. *cs*

Bauernproteste in Polen

In Polen bringen derzeit erneut hunderte von Bauern und Bäuerinnen ihren Unmut auf die Straße. Mit Treckerblockaden und Konvois und einem Camp vor dem Regierungssitz in Warschau fordern sie die Politik zu Gesprächen und konkreten politischen Veränderungen auf. Die zentralen Forderungen sind: Änderungen im Landkauf- und Pachtrecht dahingehend, dass dem auch in Polen zunehmend vorkommenden Einstieg außerlandwirtschaftlicher Investoren in die Landwirtschaft in Form agrarindustrieller Betriebe Einhalt geboten werden kann. Außerdem treten die Bauern und Bäuerinnen für Erleichterungen bei der Direktvermarktung von Hofprodukten ein. Kaum ein anderes Land in Europa regelt die Verarbeitung und Vermarktung von selbst erzeugten landwirtschaftlichen Produkten ab Hof so restriktiv wie Polen. Damit seien die polnischen Bauern und Bäuerinnen nicht konkurrenzfähig gegenüber der immer stärkeren (zum großen Teil westlichen) Lebensmittelindustrie. Stark betroffen durch das russische Importembargo, geht es den demonstrierenden Bauern und Bäuerinnen auch um bessere Entschädigungen und nationale Beihilfen in ihrer schwierigen momentanen Lage. Und last but not least fordern sie ein eindeutiges Nein der polnischen Regierung zu gentechnisch veränderten Organismen in Polens Landwirtschaft. *cs*

1.000 Kühe im Stall am Bodensee

Vier Familien im baden-württembergischen Ostrach-Hahnennest wollen zusammen einen Kuhstall für 1.000 Tiere bauen. Das Ende der Milchquote wirft seine Schatten voraus. Die AbL Baden-Württemberg hat sich nun auch mit einer Veranstaltung vor Ort kritisch zu dem Vorhaben positioniert. Bei allem Verständnis für die vier Familien fürchte man durch diese Tierhaltungsdimensionen eine Zerstörung der bäuerlichen und ökologischen Strukturen vor Ort. Zudem zweifelte man daran, dass beim angestrebten agrarindustriellen Rationalisierungsgrad die Fürsorge für das einzelne Tier noch angemessen wahrgenommen werden könne. Auch negative Umweltwirkungen beispielsweise auf die Grundwasserqualität stünden zu befürchten. *cs*

Parmaschinken aus Kentucky

„Wenn Schinken aus Haltern (Westfalen) als Parmaschinken verkauft werden kann, warum sollte das nicht auch für Schinken aus Kentucky möglich sein?“ Sofern „die Qualität stimmt“, hält die CDU-Bundestagsabgeordnete Rita Stockhofe das für kein Problem – so bei ihren Ausführungen beim Coesfelder Bäuerinnenforum. Wie das Landwirtschaftliche Wochenblatt berichtet, stellte die Abgeordnete die Verhandlungen zum US-Freihandelsabkommen als „transparent“ dar – „zur Überraschung mancher Bäuerin.“ Nicht nur die Erschließung neuer Märkte für Deutschland gibt Frau Stockhofe als Begründung für TTIP an – auf „wirtschaftlichem Wege“ könnten so weltweit außenpolitische Bündnisse geschlossen werden, „im Hinblick auf den Islamischen Staat (IS) und Boko Haram.“ *en*

Landwirtschaft statt Industrie

Auf der Mitgliederversammlung der AbL Bayern

Aus ganz Bayern waren die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft nach Dasing bei Augsburg zur Jahresmitgliederversammlung der AbL Bayern gekommen. Begrüßt wurden die rund 100 Personen im Bauernmarkt Dasing von einer kämpferischen Landesvorsitzenden Edith Liersch mit einem Zitat des kolumbianischen Philosophen Nicolás Gómez Dávila: „Die Zivilisation geht ihrem Ende zu, wenn die Landwirtschaft aufhört eine Lebensform zu sein und zur Industrie wird.“ Der Landesvorsitzende Joseph Schmidt wurde konkreter und beschrieb die Grenzen eines vernünftigen Größenwachstums: „Die bäuerliche Landwirtschaft endet dort, wo der Landwirt den Überblick über seine Felder und Tiere verliert.“ Dass die beiden Vorsitzenden mit ihren Aussagen die Auffassungen der meisten Mitglieder vertreten, zeigte die im Vorfeld der Mitgliederversammlung durchgeführte Befragung zur Struktur einer bäuerlichen Landwirtschaft, auch wenn der Rücklauf der versendeten 580 Fragebögen mit knapp 20 Prozent eher gering ausfiel.

Die Umfrage

Die persönliche Haftung der Wirtschaftenden ist für über 80 Prozent der Befragten von zentraler Bedeutung. Eine GmbH oder gar eine Aktiengesellschaft sind ihrer Einschätzung nach keine für eine bäuerliche Landwirtschaft geeignete Rechtsform. Bei der Betriebsgröße sprechen sich über 40 Prozent für eine Größe bis zu je 100 ha Acker und Grünland aus. Bei den Kuhzahlen gehen die Meinungen

auseinander. Zwischen 50 und 150 Tieren betrachten die Befragten noch als bäuerlich. Bei 80 bis 150 Sauenplätzen, 500 bis 1.000 Mastplätzen und eher 3.000 als 6.000 Legehennen seien Strukturen einer bäuerlichen Landwirtschaft verwirklicht. Weitere wichtige Merkmale einer bäuerlichen Landwirtschaft sind ein geringer Futtermittelzukauf, ein auf Nachhaltigkeit ausgelegtes Wirtschaften sowie eine emotionale Bindung an Flächen und Tiere. In Form von gesunden Lebensmitteln und einer Absage ebenso an Gentechnik wie an eine Weltmarktausrichtung, die zulasten von Strukturen in Drittländern geht, erbringt diese Form der Landbewirtschaftung nach Einschätzung der Befragten auch gesellschaftliche Leistungen. Arbeit und Familie ins Gleichgewicht zu bringen, betrachtet eine deutliche Mehrheit der Befragten als Herausforderung. Als ungenügend bewerten 82 Prozent der Befragten eine Flächenförderung, die Mais und Grünland gleichstellt.

Der Dokumentarfilmer

Als Gastredner war Dieter Wieland eingeladen. Der heute 78-jährige Dokumentarfilmer war einer der ersten Fernsehjournalisten, die sich für den Denkmalschutz und den Erhalt gewachsener Kulturlandschaften einsetzten. Noch heute erinnert sich Joseph Schmidt an die nachhaltige Wirkung von Wielands Beiträgen. „Egal, was ich gestrichen habe an Haus und Hof, was immer wir gepflanzt haben im Garten – immer dachten wir: Was würde der Wieland dazu sagen?“ *mm*



Landwirtschaftlich geprägte Kulturlandschaft als gemaldefhafte Schönheit in Bayern

Foto: Mohr/pixelio

Betriebsspiegel:

10 ha Acker (Getreide, Futterbau, Feldgemüse)
15 ha Grünland
15 Milchkühe, 1 Zugochse,
20 Mastschweine, 5 Schafe
Käserei

Der Kanonenschuss hallt durch die Stadt, Papierfetzen fliegen durch die Luft. Unser Zugochse Filou macht einen kleinen Schritt zur Seite und steht dann wieder still. Es scheint, als könne ihn nichts aus der Ruhe bringen. Für ihn ist es fast schon Routine, am Faschingsumzug mitzulaufen, als Zugtier für den Karussellbaum der Hexengruppe. Er läuft in gemütlichem Tempo voran, hält an, wenn eine neue „MitfahrerIn“ auf den Karussellbaum gesetzt wird und scheint von dem ganzen

Trubel nicht viel mitzubekommen. Nur am Ende des Faschingsumzugs merken wir dann schon, dass er gerne wieder zurück zum Viehanhänger möchte, der ihn zurück in seinen Stall bringt zu seinem wohlverdienten Heu.

Bei den vielen Menschen, die unseren Zugochsen an Fasching sehen, ist das meist ganz anders. Die kleinen Kinder am Straßenrand bekommen ganz große Augen, so ein großes Tier haben sie wohl noch nie „in echt“ gesehen! Und Filou ist mit seinem ruhigen, aber vor Kraft strotzenden Gang eine doch sehr eindruckliche Erscheinung. Auch bei vielen älteren Menschen wirkt seine Gegenwart sehr deutlich. Oft scheint es mir ein glücklicher, aber auch wehmü-

tiger Blick zu sein, der ihm zugeworfen wird. Vielleicht weckt er hier längst vergessene Kindheitserinnerungen oder auch Erinnerungen an selbst verrichtete Arbeit mit Zugtieren?

Diese Erfahrungen stimmen mich nachdenklich, denn die meisten Menschen scheinen den Kontakt und den Bezug zu unseren Nutztieren verloren zu haben. In ihrem Alltag gibt es keinen Platz mehr für die Herkunft ihrer Nahrungsmittel. Und da glaube ich, dass wir Bauern und Bäuerinnen noch viel Arbeit haben werden, um die Landwirtschaft wieder ins Bewusstsein der Menschen zu bringen. Und jedes Tier auf der Weide, welches die Menschen auf dem Weg zur Arbeit oder bei der

abendlichen Jogging-Runde sehen, trägt seinen Teil dazu bei, diesen Zustand zu ändern.

Und auch wenn manch einer die Arbeit mit Zugtieren belächelt und für ein Stück verstaubte Geschichte hält, für mich persönlich schwingt im Klirren des Zuggeschirres ein bisschen Zukunftsmusik mit. Denn wer kann die Arbeit in unserer Landwirtschaft verrichten, wenn die Ressourcen an Erdöl irgendwann verbraucht sein werden? Es wird der Mensch zusammen mit dem Zugtier sein und nicht hochtechnisierte Maschinen, davon bin ich überzeugt. Denn auch die Kleinbauern auf der ganzen Welt, die nach wie vor den Großteil der Menschheit ernähren, arbeiten gemeinschaftlich mit ihren Tieren, weitestgehend ohne energiefressende Maschinen.

Das heißt für mich, dieses Wissen zu erlernen, zu erhalten und weiterzuentwickeln. Zwar muss man die Betriebe in Deutschland, die noch bzw. wieder mit Zugtieren arbeiten, genau suchen, aber es gibt sie.

Und ich merke jetzt schon, wie dieses ganz andere Arbeiten meine Wahrnehmung und meinen Blick auf die tägliche Arbeit und auch auf die Tiere verändert. So freue ich mich auf den nahenden Frühling und die vor uns liegende Feldarbeit mit unserem Zugochsen Filou.

*Christian Bayer,
St. Georgen (Schwarzwald)*

Filou und die Hexen

... da war ich mir sicher, nachdem ich meine Ausbildung zum Landwirt abgeschlossen hatte. Am besten auf meinem eigenen Hof. Und auch nach meinem Zivildienst als landwirtschaftlicher Betriebshelfer war klar: Ich gehe in die praktische Landwirtschaft. Es folgte die Uni. Gemeinsam mit vielen Freundinnen und Freunden habe ich es agrarpolitisch so richtig krachen lassen – Felder besetzen, Demos organisieren, Mist abkippen, den großen Konzernen so richtig in die Suppe spucken – geil! Unser stärkstes Argument damals: „Wir sind die Bäuerinnen und Bauern der Zukunft!“

Wenn ich mich heute – mein Studium ist längst beendet – regelmäßig dabei erwische, wie ich immer noch täglich am Schreibtisch sitze, anstatt Trecker zu fahren und Kühe zu melken, fühle ich mich irgendwie feige. Wo ist sie hin, die Priorität den „perfekten“ Hof zu bewirtschaften? Immerhin habe ich konkrete Vorstellungen: Öko sollte er irgendwie schon sein, obwohl mir bei jedem Anbauverband Punkte einfallen, mit denen ich nicht übereinstimme. Wichtiger als der Verband ist mir deshalb die politische Strahlkraft des Hofes. Schön wäre es außerdem, wenn der Betrieb einen möglichst geschlossenen Betriebskreislauf, eine Weiterverarbeitung und wenigstens ein paar moderne Maschinen hätte. Auf Haarmehlpellets und Kupfereinsatz kann ich hingegen gerne verzichten! Wo in Deutschland der Hof liegt, ist mir nicht wichtig. Aber eine Direktvermarktung wäre gut. Und seien wir



Ich werde Bauer ...

doch mal ehrlich, schöne alte Gebäude und eine idyllische Lage, am besten in Stadtnähe, wären schon wünschenswert. Scheinbar unendlich viele Punkte bleiben an dieser Stelle ungenannt.

Soviel zur Utopie. In der Realität findet man seinen „Traumhof“ natürlich nur selten. Doch ist das wirklich der Grund, warum ich meine Prioritäten so lange nicht auf die praktische Landwirtschaft ausgerichtet habe? Ich denke nicht! Ehrlicher wäre es zu sagen: Ich habe Angst. Ja, ich habe Angst davor, mich fest an einen Hof zu binden, wenn die Welt um mich herum noch so viel zu bieten hat. Ja, ich habe Angst davor, mich auf dem Land alleine zu fühlen, während in

der Stadt das Leben brummt. Und ja, trotz meiner guten Ausbildung und dem tollen Studium sowie der vielen Praxiserfahrung bin ich mir nicht sicher, dass ich den ökonomischen und fachlichen Herausforderungen auf einem Bauernhof gewachsen bin. Dennoch: Bevor ich am Schreibtisch kleben bleibe und sei der Job auch noch so schön und wichtig, will ich es nochmal wissen. Ich werde wieder Bauer! Denn eines ist sicher: Der Kampf für Bauernhöfe statt Agrarfabriken lohnt sich nur solange es junge Menschen gibt, die in der Landwirtschaft leben und arbeiten wollen. Und ich will! Ich habe Lust auf das Gefühl von körperlicher Erschöpfung. Ich freue mich drauf, endlich wieder den

Witterungsverhältnissen ausgesetzt zu sein. Ich weiß, dass mir der geregelte Tagesablauf, vorgegeben durch den Takt der Milchkühe, gut tun wird. Und halleluja – der erste Schluck kaltes Bier nach der Heuernte im Sommer! Junge Bäuerinnen und Bauern braucht das Land – es lohnt sich!

Phillip Brändle

Betriebsspiegel:

Reyerhof: 40 ha, davon 20 ha Grünland, Getreide, Kartoffeln, Körnerleguminosen, Feldgemüse, Erdbeeren, Streuobstwiesen. 10 Milchkühe plus Nachzucht. Milchverarbeitung, Hofladen, Solidarische Landwirtschaft uvm.

„Neuland kann Existenzen sichern und Zukunft gewinnen“

Ein Interview mit Hugo Gödde zur Neustrukturierung

Neuland hat einen überregionalen Markenverbund gegründet, in dem der Geschäftsführer der Neuland-Vermarktungs GmbH West, Hugo Gödde, eine leitende und koordinierende Rolle einnimmt.

Unabhängige Bauernstimme: Ein Markenverbund, was bedeutet das und wofür ist das gut?

Hugo Gödde: Der Markenverbund ist ein Zusammenschluss aller operativen Abteilungen von Neuland, also der Bauern, der Verarbeiter und Vermarkter und der Fleischer, das heißt also, ein Gremium mit Vertretern aus allen Bereichen. Es geht darum, die Interessen zu bündeln und im Hinblick auf den ideellen Teil des Programms, den die Trägerverbände AbL, BUND und Tierschutzbund darstellen, zu vertreten. Es geht um einen gemeinschaftlichen Markenauftritt in der Öffentlichkeit, aber auch darum, für interne Abläufe stärker Verantwortung zu übernehmen.

Warum kommt diese stärkere Vernetzung erst jetzt?

In seinem Ursprung war Neuland ein Programm für eine artgerechte und umweltschonende bäuerliche Tierhaltung; es wurde nicht ausreichend in den Blick genommen, was jenseits der Höfe ge-

schieht. Auch durch die Schwierigkeiten im letzten Jahr wurden die Defizite erkannt und verändert. Jetzt gibt es auch Richtlinien für Schlachthöfe, für Vermarktung usw. Die waren bislang nur in Ansätzen da. Vor allem gibt es jetzt eine übergreifende Vernetzung. Das Instrument der Warenflusskontrolle wird die einzelnen Abteilungen, Erzeugung, Vermarktung etc., zusammenbinden. Das ist ein hoher Aufwand gerade für ein kleines Programm, wie wir es sind. Es müssen überschaubare Kosten bleiben ohne großen bürokratischen Apparat, das ist eine große Herausforderung.

Bestimmt der Markenverbund jetzt auch die Richtlinien?

Über die Richtlinien und ihre Kontrollen entscheidet nach wie vor der Neuland-Verein, also die Verbände, aber alle Beteiligten können sich einbringen. Der Markenverbund muss darauf achten, die Praktikabilität der Richtlinien zu erhöhen und ihre Umsetzbarkeit auf den Höfen. Es kann nicht darum gehen, theoretisch höchste Ansprüche aufzuschreiben, aber die Realität auf den Höfen, auf den Schlachthöfen und im Verkauf zu vergessen. Sonst wäre Neuland ein schönes Modell, aber keine echte Alternative. Das ist eine Problematik, die gibt es bei allen Pro-

grammen mit politischem Anspruch, auch bei Bio zum Beispiel.

Was sind denn die Herausforderungen der Zukunft?

Wir müssen die Chancen, die die aktuelle Diskussion um Tierschutz und Massentierhaltung in der Öffentlichkeit bietet, besser nutzen. Wir müssen noch besser darstellen, dass Neuland Standards setzt in der Tierhaltung und für Bauern, Fleischer, Küchen und Einzelhändler neben dem Biomarkt ziemlich einmalig ist. Wir versprechen uns von der größeren Verzahnung eine bessere Kommunikation, eine größere Transparenz. Die brauchen wir auch, um Vertrauen zurückzugewinnen. Bauern und Fleischer, die Investitionen tätigen wollen, aber auch Verbraucher müssen wissen, Neuland ist ein zuverlässiger Partner.

Muss es im Hinblick darauf auch wieder mehr Beratung geben?

Ja, sicherlich, sie muss den Betrieben bei der Umstellung helfen und danach permanent begleiten. Aber Beratung ist auch nicht alles; im Biobereich gibt es viele Berater und es passiert nicht viel in Sachen Umstellung. Die ist nicht einfach und auch nicht für jeden der richtige Weg. Das hängt immer sehr von den einzelnen Menschen und auch von der wirtschaftlichen Situation des Betriebs ab. Leider ist es so, dass der Anteil der Betriebe eher sinkt, für die eine Umstellung auf Neuland einfacher wäre, weil sie nicht vor ein paar Jahren einen großen konventionellen Stall gebaut haben. Aber man darf sich auch nicht bange machen lassen, es gibt noch viele bäuerliche Betriebe, über die eben keiner redet, die nicht die agrarpolitische Diskussion bestimmen, die aber mit Neuland eine Zukunft haben.

Ein Plädoyer für sehr individuelle Lösungen?

Jede betriebliche Lösung ist individuell und bedarf trotzdem einer gemeinschaftlichen Anstrengung. „Allein machen sie dich ein, nur gemeinsam sind wir stark.“ Diese Devise der Anfangszeit der AbL gilt gerade heute, wo die Solidarität in der Landwirtschaft immer mehr untergepflügt wird. Neuland war nie auf den Massenmarkt ausgerichtet, das können wir gar nicht. Wenn Handel und Verbraucher so etwas wollen, müssen wir uns echte Partner suchen, mit denen wir einigerm-

maßen auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Derzeit bedienen wir ganz unterschiedliche Märkte, z. B. sind in Berlin die Fleischer das stärkste Klientel und in Köln wird mehr Umsatz über die neuen Burgerläden gemacht. Die dezentrale Struktur von Neuland entspricht dieser individuellen Anpassung. Wir entwickeln uns langsam, werden auch gerne mal als erfolglos gescholten, haben aber auch keine Millionen Euro von der Regierung dafür gekriegt wie andere. In weiten Teilen ist Neuland immer noch getragen von Idealismus und ehrenamtlicher Arbeit. Trotzdem ist es nach wie vor das ambitionierteste konventionelle Programm, führend in der artgerechten Tierhaltungsdebatte, was Ringelschwänze, betäubte Kastration, gentechnikfreie Fütterung usw. angeht. Jetzt wird wieder viel Engagement betrieben, um es zu modernisieren.

Und das Tierschutzlabel?

Ob sich das Label des Tierschutzbundes durchsetzt, wird die Zukunft zeigen, aber dass es trotz großer Unterstützung durch Regierung oder Konzerne wie Vion oder Wiesenhof nicht so einfach ist, speziell im Premiumbereich, ist ja in den letzten Jahren deutlich geworden. Dass die Kriterien für den Premiumbereich auf den 25 Jahre alten Neuland-Richtlinien basieren, zeigt gleichzeitig, wie gut und nachhaltig wir tatsächlich sind. Führende deutsche Wissenschaftler und internationale Marktexperten kommen zu nichts Besseren als den Neulandideen; nur: Umsetzen tun wir sie.

Eigentlich müssten das doch viel mehr als Betriebsperspektive sehen, oder?

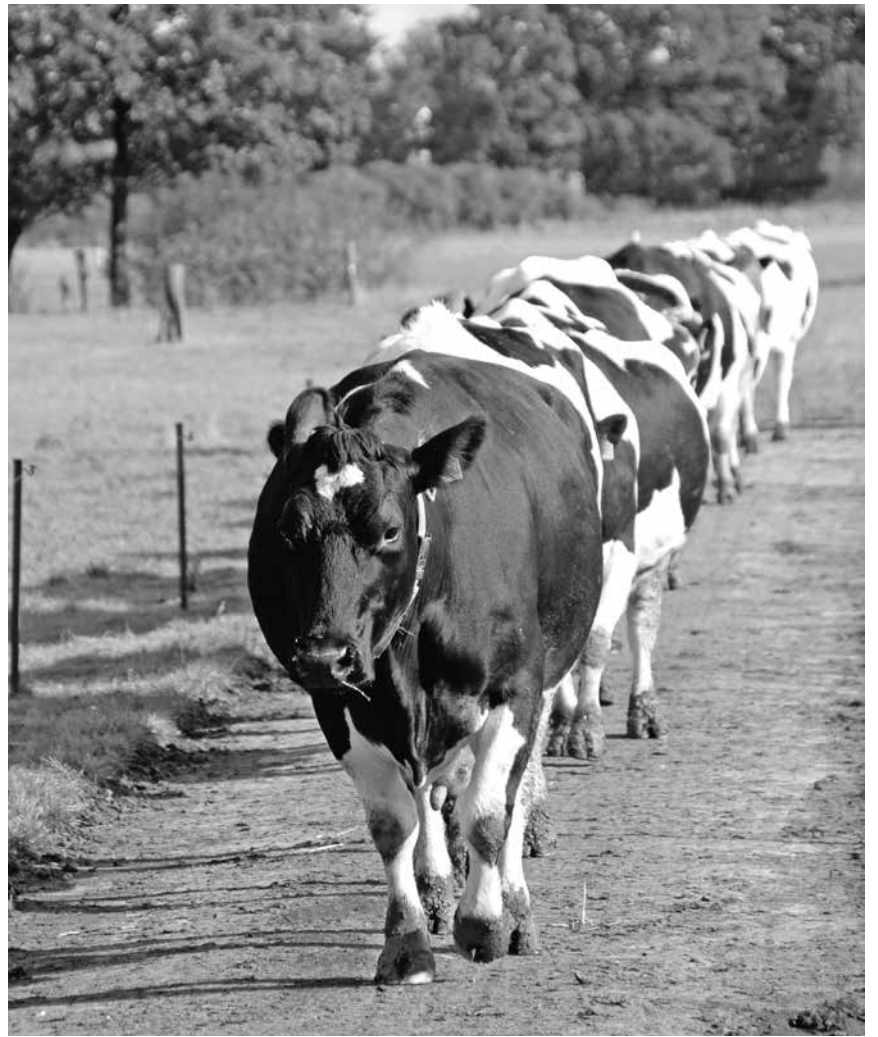
Neuland ist kein Programm, um reich zu werden. Aber es ist in der Lage, Existenzen zu sichern und Zukunft zu gewinnen, für Bauern, aber auch für Fleischer und andere Märkte eine Alternative zum Wachsen oder Weichen. Wir lassen uns nicht auf Dumpingmärkte ein, agieren langfristiger. Wir konnten jetzt kontinuierlich Schweinepreise von 2,10 - 2,20 Euro pro Kilo zahlen, während der konventionelle Markt lange bei 1,30 - 1,40 Euro liegt. Wir bieten unseren Betrieben die Perspektive eines ordentlichen Einkommens.

Vielen Dank für das Gespräch! cs



Neuland verbunden: Hugo Gödde (re.) und der stellvertretende Vize-AbL-Vertreter im Neulandvereins-Vorstand und Neuland-Bauer Martin Steinmann
Foto: Jasper

Die Milch macht's! Damit warb die CMA als es sie noch gab und scherte alle Milchbauern und -bäuerinnen über einen Kamm. Das war damals falsch und ist es heute zum Ende der Milchquote umso mehr. Es gilt zu definieren was für eine Milcherzeugung wir wollen – bäuerlich, umwelt- und tiergerecht und Druck auszuüben, damit die Rahmenbedingungen für deren Durchsetzung dementsprechend gestaltet werden. Sonst setzen sich andere Strukturen durch und damit die Interessen der Milchindustrie. Das kann nicht im Sinne der meisten Bäuerinnen und Bauern sein aber auch nicht im Sinne der Gesellschaft weder bei uns noch in den Ländern des Südens. Und die Kühe? Wollen auf die Weide!



Quotenende ohne Sicherheitsnetz

Viele Bedenken auf allen Seiten stehen fehlenden Konzepten zur Krisenbewältigung gegenüber

Der Markt wird ab April frei und offen sein. Die Milchquote wird fallen. Im Vorfeld war sie immer wieder als Kostenfaktor und Entwicklungsbremse für wachstumswillige Betriebe angegriffen worden. Aber jetzt, wo ihr Ende unmittelbar bevorsteht, ist die Freude zumindest beim Deutschen Bauernverband und dem Europäischen Zusammenschluss Copa/Cogeca höchst verhalten. Das Vertrauen in einen Markt, der alles regelt, scheint aufgrund eines rasant gefallen Milchpreises zumindest erschüttert. Wäre das Quotenende doch in eine Zeit mit auskömmlichen Milchpreisen gefallen! Vor einem Jahr wäre die von der EU-Kommission immer wieder propagierte sanfte Landung vielleicht gelungen. Jetzt droht eher ein harter Aufschlag. Insbesondere all jenen Betrieben, die aktuell nicht nur unter den fallenden Milchpreisen leiden, sondern denen auch noch die Superabgabe für die über die Quote gelieferte Milch droht. Damit es überliefernden Wachstumsbetrieben so richtig weh tut, gehen andere in die Offensive. Sie bemühen sich, ihre Quote komplett auszufüllen, um ja keine Menge für die Saldierung, also

den Ausgleich zwischen Über- und Unterlieferung, zur Verfügung zu stellen.

Milchpaket

Im aktuellen Verfahren hat die EU-Kommission im Dezember ein Milchpaket zur Reform der EU-Milchpolitik vorgelegt. Ende Januar wurde dieses im Agrarausschuss unter Beteiligung verschiedener Wissenschafts- und Verbandsvertreter diskutiert. Auf Seite der die Marktliberalisierung befürwortenden Redner machte Prof. Dr. Ludwig Theuvsen vom Department für Agrarökonomie und Rurale Entwicklung in Köln die präzisesten Ausführungen. Der Milchmarkt, so Theuvsen, werde auch weiterhin wachsen. Ein Beleg hierfür sei die bereitwillige Kreditvergabe von Banken an Milcherzeuger. Nicht erwähnt hat Theuvsen, dass die Kreditkonditionen oftmals vorschreiben, dass der Neubau vom Hof getrennt in Einzellage ohne Wohngebäude errichtet werden muss, damit er im Falle einer Insolvenz weiterverkauft werden kann. Die Ausrichtung am Weltmarkt, auf dem nach Einschätzung des Wissenschaftlers nur sieben Prozent der Produktion gehandelt werden, hätte Vor- und Nachteile.

Theuvsen rechnet mit einer steigenden Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Milchprodukten. Gleichzeitig seien die Risiken aber eine hohe Preisvolatilität und nicht-tarifäre Handelshemmnisse, wie das russische Embargo. Letztendlich müsse sich der Einzelbetrieb z. B. über Warenterminbörsen gegenüber Preisschwankungen absichern.

Krise oder nicht

Strittig war die Einschätzung der aktuellen Situation. Schon von einer neuen Milchkrise zu sprechen, lehnt die Kommission ab. Diese Einschätzung ließen die aktuell vorliegenden Wirtschaftsdaten der Produzenten nicht zu. Auch die Forderung einzelner Vertreter nach einer Anhebung des Interventionspreises fand kaum Zustimmung. Hierdurch, so die Einschätzungen, würden starke Verzerrungen am Markt entstehen. Unter dem Stichwort „benachteiligte Regionen“ kam Theuvsen auf ein auch unter deutschen Milchbauern immer wieder diskutiertes Problem zu sprechen. Die über alle Betriebsformen, Größen und Regionen hinweg wirkende europäische Milchmarktpolitik könne, so der Wissenschaftler, deren

Nachteile gegenüber den Gunstregionen nicht ausgleichen. „Sobald sich die Milchproduktion rechnet, also ein kostendeckender Preis erzielt wird, lockt das, die ‘Economies of Scale’ auszunutzen und führt zur Konzentration der Milchviehbestände auf einzelne Betriebe wie auch auf maisfähige Standorte, weg von den reinen Grünlandregionen“, beschreibt Janette Lange, Milchbäuerin in der Abl Hessen, den Prozess, „eine Abwanderung zu Betrieben mit einem industriellen System der Milchproduktion, in welchem eben auch nur das produziert wird, was bezahlt wird, nämlich die Milch“. Hier, so die Forderung, gelte es über die zweite Säule, beispielsweise durch Weidemilchprogramme, die Produktion in der Fläche aufrechtzuerhalten. Der Berichterstatter im Agrarausschuss Nicholson forderte die Kommission zu einem schnelleren Handeln auf. Er forderte weitere Instrumente, um auf volatile Preise und extreme Tiefpreisphasen reagieren zu können. Hier sei die EU gefordert, so der Berichterstatter. Ein wenig wehmütig fügte er an: „Ich bin über-

Fortsetzung Seite 12 unten

Die Perspektive aus der Krise

Nach dem Ende der Quote braucht es weit reichende Konzepte

Über dreißig Jahre nach ihrer Einführung wird am 31. März dieses Jahres die Mengenregulierung des Milchmarktes, die so genannte Quotenregelung, auslaufen. Die europäischen Milcherzeuger werden in den freien Markt entlassen. Durch laufende Erhöhungen der betrieblichen Liefermenge war die regulierende Wirkung der Quote in den letzten Jahren bereits ausgehöhlt worden. Dadurch konnten Wachstumsbetriebe ihre Liefermenge teilweise stark aufstocken, ohne die gefürchtete „Superabgabe“ zahlen zu müssen. Genau das war auch politisch gewollt, um den Übergang in den freien Markt zu erleichtern, man sprach vom „soft landing“. Im laufenden Quotenjahr droht den Überlieferern jetzt allerdings eine Superabgabe in Rekordhöhe, so dass es für manchen eher zu einer Bruchlandung kommen wird. Auch zeigt sich, dass die Ausweitung der Milcherzeugung, wenn sie auf einen Nachfragerückgang auf dem Weltmarkt stößt, schnell zu einem drastischen Preisverfall führt.

Grund genug, sich über eine Nachfolgeregelung für die Mengenbegrenzung zumindest für den Krisenfall Gedanken zu machen. Das geschieht zur Zeit in der Politik, bei diversen Anhörungen, von der Landes- über die Bundesebene bis zum Europaparlament wird über dieses Thema gesprochen.

Mehrere Stufen

Auch ein Großteil der Milchbauern sieht die neue Freiheit mit Unbehagen, glaubt nicht so recht an die Verheißungen des Weltmarkts. Während die Molkereiwirtschaft keinen Handlungsbedarf sieht, hat das European Milk Board (EMB) als Interessenvertretung der Milcherzeuger ein Konzept vorgelegt, das im Falle einer Milchkrise den Markt vorübergehend regulieren soll. Dazu soll die bereits vorhandene europäische Monitoringstelle, die den Milchmarkt beobachtet und über die erforderlichen Milchmarktdaten verfügt, ausgebaut werden. Bei fallender Preistendenz auf dem Milchmarkt soll sie befugt

werden, zunächst eine Warnung auszusprechen, die Menge nicht zu steigern. Die aktuellen „Bremsmanöver“ überliefernder Kollegen zeigen, dass schon kleine Reduzierungen der Liefermenge ausreichen können, den Preis zu stabilisieren. Hilft das nicht, kann die Monitoringstelle den Krisenfall ausrufen, wenn der Milcherzeugerpreis unter einen gewissen Mindestwert sinkt. Zunächst wird dann versucht, durch Maßnahmen wie Einlagerung, verstärkte Verfütterung von Milch u. ä. den Markt wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Im nächsten Schritt können die Milchbauern freiwillig ihre Anlieferung drosseln und werden dafür entschädigt. Das Geld dafür wird von den Betrieben eingezogen, die in der Krise ihre Produktion noch steigern, also eine Art „Marktverantwortungsabgabe“. Führt auch das noch nicht zum Marktgleichgewicht, folgt als letzter Schritt die zwangsweise Reduzierung der Liefermenge für alle Betriebe. Diese Kriseninstrumente werden solange genutzt, bis der Milchpreis die Kostendeckung wieder erreicht und die Krise für beendet erklärt wird. Ein Diskussionspunkt bei dieser Regelung ist nach wie vor die Referenzmenge des Einzelbetriebes, die als Grundlage für seine – freiwillige oder verpflichtende – Mengenreduzierung dient. Da die Quote entfällt, muss ein Referenzzeitraum festgelegt werden, aufgrund dessen dann die betriebliche Liefermenge bestimmt wird. Hier darf man nicht einen zu kurzen Zeitraum wählen, um nicht z. B. Betriebe mit saisonaler Abkalbung, jahreszeitlich stark schwankenden Liefermengen oder witterungsbedingter Futterknappheit zu benachteiligen. Im Gespräch sind hier sechs Monate bis ein Jahr vor Kriseneintritt. Manche Detailregelungen des EMB-Konzepts werden auch bewusst offen gehalten, damit sie in einem Diskussionsprozess mit der Politik

noch ausgestaltet werden können. Der Reiz des EMB-Konzepts besteht in der Verteilung der Lasten nach dem Verursacherprinzip, d. h., wer sich in der Krise marktkonform verhält, wird belohnt, wer aber durch starkes Wachstum die Krise mit herbeigeführt hat oder sogar noch in der Krise die Menge steigern will, wird belastet. Insgesamt sorgt aber diese Regelung für eine Entlastung aller Betriebe, denn ein zu starkes Absinken des Milchpreises wird verhindert, so dass nicht alle Betriebe unnötig Geld „verbrennen“. Dennoch gibt es Ergänzungsmöglichkeiten, die in die Diskussion einfließen sollten. Die AbL hält die Einführung einer Bagatellgrenze für wünschenswert, die Anlieferung bis 100.000 kg Milch pro Jahr sollte abzugsfrei bleiben, wenn die qualitative Bedingung von nicht mehr als 6.000 Liter Leistung pro Kuh erfüllt ist. Damit würde der Rationalisierungsvorteil größerer Betriebe ausgeglichen und eine besonders tier- und umweltfreundliche Wirtschaftsweise honoriert. Zudem vereinfachte sich die Verwaltung erheblich, wenn viele kleine Betriebe unberührt blieben. Grundsätzlich muss man sich darüber im Klaren sein, dass es sich bei dem Konzept des EMB um ein reines Kriseninstrument handelt. Für die Zeiten zwischen den Krisen bietet es keine Mittel, um beispielsweise starkes Wachstum einzelner Betriebe zu verhindern. Eine Strukturpolitik, die so ein Gesamtbild zeichnet, ist aus Sicht der AbL wünschenswert und unbedingt zu entwickeln und umzusetzen. Aktuell bleibt das EMB-Konzept aber gerade der einzig gangbare Weg einer Krisenbewältigung und wird deshalb von der AbL als EMB-Mitglied auch vorbehaltlos unterstützt.

Ottmar Ilchmann,
Milchbauer und stellvertretender
Bundesvorsitzender der AbL



Milcherzeugung auf dem Weg in eine ungewisse Zukunft

Foto: Sturm/pixelio

Fortsetzung von Seite 11

zeugt davon, dass Milchquoten gebraucht werden“, um dann realistischerweise anzufügen: „Die Quoten werden kurzfristig nicht zurückkehren.“ Ganz auf staatliche bzw. europäische Stützungen zielt die Forderung des Vertreters des Bayerischen Bauernverbands (BBV), der neben der Intervention und der privaten Lagerhaltung Rettung in einem nicht näher beschriebenen Investitionssonder- bzw. Krisenfonds sieht, der aber bitte nicht aus dem Agrarhaus-

halt finanziert werden soll. Bei den vielfältigen Bekundungen zum freien Handel und dem Weltmarkt merkte Martin Häusling an: „Alle, die von internationalen Märkten reden, planen auch immer ein, dass wir als EU die Bauern kräftig unterstützen“ und schloss daraus: „Nur deshalb ist die europäische Milchwirtschaft auf den internationalen Märkten überhaupt konkurrenzfähig.“ Sieta Keipema stellte das vom European Milkboard entwickelte Marktverantwortungsprogramm vor, derzeit offenbar das einzige neue, auf

die Dämpfung zukünftiger Krisensituationen ausgerichtete Instrument. Anhand eines Marktindex, der sich unter anderem aus Produktionskosten, Milchpreis und deren Marktwert errechnet, könnten Aussagen zur aktuellen Situation getroffen werden. In drei Stufen erlaubt das Programm abgestimmte Reaktionen auf sich ankündigende oder bestehende Milch Krisen. Die Reaktionen reichen von privater Lagerhaltung, über einen freiwilligen fünfprozentigen Lieferverzicht mit Bonuszahlung bis zu einer allgemeinen

zwei- bis dreiprozentigen Reduktion der gesamten Milchproduktion im Extremfall. Ende Februar sollte der Nicholson-Bericht zum Milchpaket der Kommission vorliegen. Damit hätte zumindest theoretisch eine Chance bestanden, dass bis zum Ende der Milchquote Ende März konkrete Maßnahmen vorhanden gewesen wären. Inzwischen musste der Bericht allerdings aufgrund zahlreicher Änderungsanträge auf frühestens Ende Juni verschoben werden.

mm

Auf der Suche nach Konzepten für die Zeit nach der Quote

Im Gespräch mit Wolfgang Reimer, Amtschef im Ministerium ländlichen Raum und Verbraucherschutz in Baden Württemberg



Wolfgang Reimer

Foto: Jasper

Unabhängige Bauernstimme: Sie haben zu einem Milchforum in Brüssel eingeladen. Mit welcher Absicht?

Wolfgang Reimer: Wir wollen die verschiedenen Akteure miteinander verbinden. Gleichzeitig wollen wir dem Milchindustrieverband deutlich machen, dass Milchpolitik sich nicht nur am Weltmarkt ausrichten kann. Neben der Suche nach dem Markt müssen wir auch berücksichtigen, was in den Regionen, in denen die Milch produziert wird, passiert. Der Milchindustrieverband soll damit konfrontiert werden, was das für unsere Strukturen bedeutet.

Welches sind die konkreten Befürchtungen bezüglich der Strukturen in Baden-Württemberg?

Bei uns, wie in vielen anderen Ländern,

haben im Dezember viele Betriebe die Produktion aufgrund der drohenden Superabgabe gebremst. Nach Wegfall der Quote müssen wir damit rechnen, dass zum Herbst viele Milcherzeuger ihre Produktion ausdehnen und wir dann Druck auf die Preise bekommen. Abhängig ist dies natürlich auch von den Entwicklungen am Weltmarkt. In jedem Fall beschleunigt ein größerer Preisdruck den Strukturwandel in der Milchviehhaltung.

Sind die Strukturen in Baden-Württemberg besonders betroffen?

Wir haben, ähnlich wie Bayern, Regionen mit vielen kleineren Milchviehzeugern. Insgesamt gibt es bei uns rund 8.600 Milchbauern, davon haben 3.000 unter 20 Kühen und 3.000 zwischen 20 und 50 Kühen. Wenn wie 2009 ein länger anhaltender Preisdruck entsteht, werden diese Milchviehbetriebe, aber auch die großen, unter Druck kommen. Vor allem in den Mittelgebirgslagen bekommen wir dann ein Problem. Ganz ähnliche Entwicklungen sind auch für Bayern zu erwarten, wo es noch viel mehr kleinere Milcherzeuger gibt.

Aus Landessicht kann es ja nicht erstrebenswert sein, diesen Vorgang sich selbst zu überlassen. Welche Vorstellungen gibt es diesbezüglich?

Derzeit wird Grünland nur über die



Die Nachfrage bestimmt den Preis

Foto: Redaktion

Milchviehhaltung rentabel verwertet. Wenn die Milchviehhaltung zurückgeht, haben wir vor allem auf den schlechteren Grünlandlagen die Gefahr, dass Grünland nicht mehr bewirtschaftet wird. In den östlichen Landesanteilen, dem Allgäu und Oberschwaben, gibt es dagegen genügend Betriebe, die frei werdendes Grünland aufnehmen. Um dem vorzubeugen, haben wir im neuen Agrarumweltprogramm in Baden-Württemberg (FAKT) eine starke Grünlandförderung etabliert.

Herr Engel vom Milchindustrieverband hat eine Molkereiquote bzw. eine Mengenregelung der Milchmenge von Seiten der Molkereien ausgeschlossen. Dürfen die Bauern jetzt produzieren, soviel sie wollen?

Ich glaube, dass der Herr Engel das nicht alleine vorhersagen kann. Die Molkereien reagieren ganz unterschiedlich. Zum Teil haben sie schon eigene Vereinbarungen getroffen. Allerdings sind die Genossenschaftsmolkereien durch das Genossenschaftsrecht dazu verpflichtet, die Milch ihrer Mitglieder komplett aufzunehmen. Bei den privaten Molkereien ist dies nicht so, die können leichter steuern. Aber auch die genossenschaftlichen Molkereien werden die Menge steuern.

Wie schätzen Sie die Erfolgsaussichten für die vom BDM/EMB vorgeschlagenen Sicherungsmaßnahmen ein?

Die Länder mit grünem Agrarministe-

rium haben gemeinsam ein Gutachten zur Verbesserung des Sicherheitsnetzes und zur Überprüfung von möglichen Maßnahmen für die Zeit nach der Abschaffung der Quote in Auftrag gegeben. Neben dem BDM-Konzept lassen wir auch andere Alternativen untersuchen. Das BDM-Konzept würde voraussetzen, dass der Staat die Daten der Einzelerzeuger über die Molkereien detailliert dokumentiert. Hierzu müsste er die Molkereien nach dem Wegfall der Quote gesetzlich verpflichten. Eine Alternative wäre es, im Krisenfall die Menge über die Molkereien zu steuern. Die EU würde dann die Milchmenge, die sie reduzieren will, ausschreiben. Die Molkereien, die eine Grenzverwertung haben, bewerben sich und man könnte im Krisenfall mit einem marktwirtschaftlichen Instrument eine schrittweise Reduktion der Milchmenge erreichen, ohne es auf die einzelbetriebliche Ebene herunterzubrechen.

Das würde eine EU-Finanzierung voraussetzen?

Ja, aber es wäre die Aufgabe der Molkereien, Regelungen mit dem einzelnen Erzeuger zu finden. Es gibt aber auch noch andere Möglichkeiten. Für die Zeit nach 2020 muss man sich auch mit der amerikanischen Versicherungslösung beschäftigen. Wir denken da sehr umfangreich, um sowohl mittelfristige als auch langfristige Perspektiven zu erarbeiten.

Vielen Dank für das Gespräch mn

Der Gewinner ist die Milchindustrie

Seit Jahren weisen Milchexperten darauf hin, dass sich die Milchproduktion am Markt orientieren soll, da dieser, ihrer Ansicht nach, eine objektive Richtschnur ist und den Preis regelt. Doch wie zeigt sich der Markt nun am Ende der Quotenregelung den Bauern? Es ist bereits jetzt schon zu viel Milch vorhanden und deswegen sinkt der Preis unter 30 Cent. Die momentane Eigendrosselung der Milchmenge wegen der bevorstehenden Strafzahlungen durch Überlieferungen wird sich spätestens am 1. April 2015 umkehren in eine hemmungslose Liefermangelmentalität. Der immer niedriger werdende Milchpreis kann nämlich, laut den Milchexperten, nur durch steigende Milchmengen aufgefangen werden. Es wird nicht lange dauern, dann werden die Rufe laut werden, dass der Staat unterstützend eingreifen soll mit altbekannten Maßnahmen wie Intervention und Exportsubventionen, an denen so manch einer verdient, aber kein Geld beim Bauern ankommt. Wie könnte nun eine Maßnahme aussehen, die zum einen beim Bauern direkt ankommt, des Weiteren positive Umweltakzente setzt und zum anderen marktregulierend wirkt? Die Förderung von Dauergrünland müsste über Programme aus der zweiten Säule (z. B. Kulap) auf 500 €/ha erhöht werden. Dauergrünland, vor allem in Form von Weide, ist die artgerechteste Fütterung der Milchkühe. Auch bei vier Schnitten im Jahr würde der Gesundheit der Kühe Rechnung getragen. Güllegaben von maximal 15 m³/ha nach jedem Schnitt würden dem Boden und der Umwelt zugute und der zur Zeit strittigen Düngeverordnung entgegen kommen. Diese hohe Wertstellung des Dauergrünlands könnte dazu beitragen, den Maisanbau in der Fläche zu verdrängen. Eine in erster Linie auf Dauergrünland basierende Milchproduktion würde den Bauern Einsparungen bei den Produktionskosten bringen. Diese Einsparungen heben langfristig die zwar geringere Milchleistung auf und würden darüber hinaus den Milchmarkt entlasten.

Ute Gasteiger,

Milchbäuerin im Chiemgau

Wenn die Leistung zur Last wird

Negative Energiebilanz als Risikofaktor für die Gesundheit der Kühe

Erkrankungen unterschiedlicher Art treten bei Kühen in der frühen Laktation auf, häufig erkranken 50% der Kühe oder mehr. Diese hohe Zahl von Erkrankungen verursacht zusätzliche Kosten, führt in vielen Fällen zum vorzeitigen Ausscheiden der Kühe aus dem Produktionsprozess und somit zu einer sehr kurzen Nutzungsdauer. Die Ursachen dieser Erkrankungen – Infektionen, Indigestionen, Fruchtbarkeits- oder Stoffwechselstörungen – sind sehr unterschiedlich. Von großer kausaler Bedeutung ist offensichtlich die negative Energiebilanz in der frühen Laktation.

Negative Energiebilanz (NEB)

Milchkühe durchlaufen nach der Geburt ihres Kalbes eine ausgeprägte Phase der energetischen Unterversorgung. Diese negative Energiebilanz ist auf folgende Faktoren zurückzuführen: Die Futteraufnahme nach der Geburt ist zu gering im Verhältnis zur raschen Steigerung der Milchproduktion. Diese Diskrepanz zwischen Milchleistung (Output) und Futteraufnahme (Input) ist biologisch bedingt und muss unter biologischen Bedingungen (Ernährung und Schutz des Kalbes) als optimal für das Überleben des Kalbes angesehen werden. Durch die jahrzehntelange Selektion auf Steigerung der Milchleistung ohne entsprechende Futteraufnahme (Nutzung der biologischen Veranlagung) sind das Ausmaß und die Dauer der NEB erhöht worden. Die Diskre-

panz zwischen Milchleistung und Futtermittelaufnahme zu Beginn der Laktation zeichnet sich durch eine hohe negative genetische Korrelation aus, d. h., dass die Kuh eine große Bereitschaft zur Milchbildung ohne entsprechende Futtermittelaufnahme aufweist. Das Entstehen der NEB wird ferner begünstigt durch die Regulation des Energiestoffwechsels. Es fehlt offensichtlich ein Feedbacksystem zur Limitierung der Mobilisation von Reserven für die Milchproduktion (Milch um „jeden Preis“). Häufiges Melken nutzt diese Situation für höhere Milchproduktion. Als Konsequenz dieser Eigenschaften hat die Milchbildung in der frühen Phase der Laktation absolute Priorität gegenüber anderen Leistungen (auch gegenüber der Gesundheit der Kuh). Dauer und Ausmaß der NEB haben sich erheblich verändert. Ein tägliches Defizit von > 20 MJ ist nicht ungewöhnlich und die Dauer erstreckt sich nicht selten auf zwei bis vier Monate p. p. Diese ungünstige Ausgangssituation (ausgeprägte NEB) wird u. U. verschärft durch den Vorgang der „Partitioning of Nutrients“. Dieser Regulationsmechanismus führt dazu, dass bei unzureichender Futteraufnahme die zur Verfügung stehenden Nährstoffe primär für die Milchbildung und nicht für die Kuh genutzt werden. Ausgeprägt beobachtet wird dieser Vorgang bei hohen Rohproteinaufnahmen. Das verfügbare Protein wird für die Milchbildung genutzt und gleichzeitig werden Energie-

reserven für die Milchsekretion mobilisiert und damit die NEB verstärkt. Somit kann eine hohe Rohproteinaufnahme das Ketoserisiko erhöhen. Milchleistung hat unter diesen Bedingungen Priorität gegenüber der Gesundheit.

NEB und Gesundheitsrisiken

Ausmaß und Dauer der heute üblichen NEB sind als großes Gesundheitsrisiko anzusehen. Die umfangreiche Literatur über die Bedeutung der NEB als Krankheitsursache lässt ohne Zweifel erkennen, dass eine Reihe von Erkrankungen wie z. B. Fruchtbarkeitsstörungen oder Ketose direkt als Folge der NEB anzusehen sind. Für Fruchtbarkeitsstörungen gilt: Es besteht kein Zweifel, dass in der Hierarchie der Signalkaskade der Zyklusregulation „quasi ganz oben“ eine Beeinflussung durch die NEB erfolgt. Die NEB-bedingten Abweichungen der Freisetzung der Fruchtbarkeits hormone LH und FSH bewirken untypische Konzentrationsverläufe dieser Hormone, eine verzögerte Luteolyse und Ovulation. Signifikant niedrigere Progesteronkonzentrationen bedingen erhöhte Fruchtresorptionen.

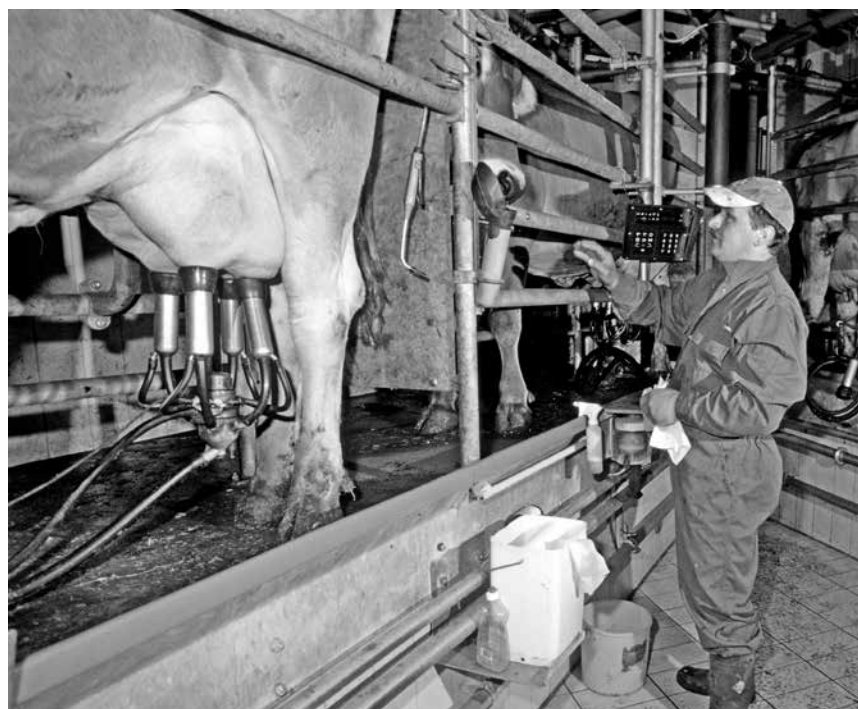
Auch im Hinblick auf die Ketose sind Zusammenhänge mit der NEB feststellbar. Ketose ist sowieso eine klassische Erkrankung der energetischen Unterversorgung in der frühen Laktation. Es

überrascht nicht, dass die Inzidenz der Ketose als Folge der Zunahme der NEB zugenommen hat. Bis zu 50 % der Kühe weisen eine subklinische Ketose (> 1 mmol-l-1 Betahydroxybuttersäure – BHB) auf. Subklinische Ketose wird wie die NEB als Risiko für weitere Erkrankungen angesehen.

Zusammenfassung

Die NEB im heutigen Ausmaß ist Folge der über Jahrzehnte erfolgten Selektion auf Milchleistung und muss ohne Zweifel als Gesundheitsrisiko und Ursache der hohen Erkrankungsrate der Milchkühe angesehen werden. Diese Gefährdung der Gesundheit der Milchkühe ergibt sich durch die spezifische Situation p.p.: Für die hohe Milchleistung ist die Futteraufnahme – genetisch bedingt – zu gering, das aufgenommene Futter wird primär für die Milchproduktion (Partitioning) genutzt und die hohen Rohproteinaufnahmen verstärken die NEB. Da in dieser Situation die Milchleistung eine hohe Priorität aufweist, überrascht es nicht, dass andere Leistungen wie Fruchtbarkeit beeinträchtigt werden oder Gesundheitsrisiken unterschiedlicher Art zunehmen.

Holger Martens (a. D.),
Institut für Veterinär-Physiologie –
Freie Universität Berlin;
holger.martens@fu-berlin.de



Weder für Mensch noch Tier sollte Leistung zur Last werden

Foto: Stephan/BLE

„Standardlösungen erhalten die Vielfalt nicht“

Milchbäuerin Kirsten Wosnitza zum Quotenende

Kurz vor Quotenende herrsche Unsicherheit unter den Milchbauern, sagt Kirsten Wosnitza, die selber mit ihrem Mann 120 Kühe im schleswig-holsteinischen Löwenstedt hält und das BDM-Landesteam leitet. Ein wenig sei die hohe Milchmenge des vergangenen Jahres ja schon so etwas wie ein vorgezogenes Quotenende gewesen, allerdings mit unerwartetem Ausgang. „So mancher hat damit gerechnet, die Politik würde die Superabgabe noch abwenden.“ Die einen hätten sich längst in Startposition gebracht, so Wosnitza. Andere warteten erst einmal ab. Aber es gebe auch Berufskollegen, die angesichts des erneuten Milchpreistiefs den Ausstieg vorbereiteten, „während der Bauernverband ein Ablenkungsmanöver fährt, indem er den Bauern erklärt, die Gesellschaft und insbesondere die NGOs würden die Existenzen in der Landwirtschaft gefährden“. Wosnitza hört aber auch unter den BDM-Bauern unterschiedliche Stimmen. So manch einer bedauert den Wertverlust des einstmalig teuer erkauften Instrument Quote. Aber auch für einen liberalisierten Milchmarkt gibt es Alternativen, so Wosnitza. Der BDM hat ein Marktkriseninstrument vorgestellt, mit dem sich viele Milchviehhalter im Verband anfreunden können. „Auf manchen Betrieben, die schon durchgestartet sind und investiert haben und denen jetzt die Superabgabe droht, ist derzeit die Liquidität recht wackelig“, berichtet Wosnitza über die aktuelle Situation im Norden. Insgesamt gebe es gerade vor dem Hintergrund des gar nicht so schlechten letzten Jahres ein immer größeres Auseinanderklaffen der wirtschaftlichen Situation auf den Betrieben. Aber der Milchpreis allein wird nicht über die Zukunft der Betriebe entscheiden, ist Kirsten Wosnitzas Meinung: „Die Milchviehhalter müssen mit ihren Beratern individuelle Strategien für ihre Betriebe entwickeln. Die Voraussetzungen für die Milchviehhaltung in Schleswig-Holstein, in Deutschland, in der EU sind bezogen auf Standorte, familiäre und gesellschaftliche Situationen alles andere als einheitlich. Standardberatung wird nicht dazu beitragen, die Flexibilität und Vielfalt der Landwirtschaft zu erhalten.“

Wessen Interessen?

Bauernverband und Pflanzzüchter arbeiten gut zusammen

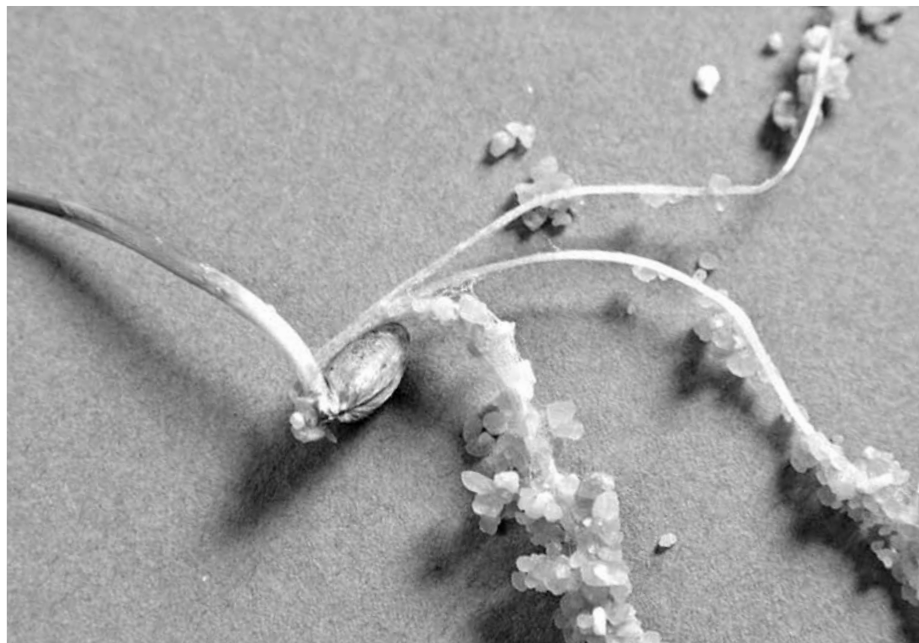
In der Öffentlichkeit hat sich der deutsche Bauernverband (DBV) bislang eher bedeckt gehalten, wenn es darum ging, wie man denn zum Thema Nachbaugebühren steht. Intern, das wurde einmal mehr deutlich auf der Klausurtagung der DBV-Präsidenten und Hauptgeschäftsführer der Landesbauernverbände im Oktober vergangenen Jahres, steht das Thema seit Jahren auf der Agenda. Und zwar im engen Austausch mit dem Bundesverband Deutscher Pflanzzüchter (BDP) in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe. Man stellte bereits 2013 im Präsidium des Bauernverbandes fest, dass die ungleichmäßige Zahlung von Nachbaugebühren („Trittbrettfahrersituation“) nicht im Sinne der Landwirtschaft sein könne. Zwar müsse sich der Zuchtfortschritt deutlicher in der Saatgutqualität zeigen und eine unangemessene Benachteiligung der Landwirtschaft sei zu vermeiden, nichtsdestotrotz müssten Lösungen im Sinne einer fairen Ausgestaltung des Sortenschutzes gefunden werden. In der folgenden Klausurtagung ein Jahr später wurden verschiedene Lösungen diskutiert. Als Ergebnis festgehalten wurde am Ende, dass es „Handlungsbedarf in Bezug auf die Nachbauproblematik und die Saatgutstrategie“ gebe sowie eine Favorisierung der als „Kombi-Modell“ bezeichneten Lösung für die Durchsetzung der Nachbaugebühren.

Kombi-Modell

Dieses Kombi-Modell beinhaltet folgende Aspekte: Die Landhändler sollen gesetzlich verpflichtet werden, der Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) alle Verkaufsdaten bezüglich der Z-Saatgutabgabe an Bäuerinnen und Bauern zu übermitteln.

Damit hätte dann die STV alle gesetzlich nötigen Anhaltspunkte, um die Bäuerinnen und Bauern in Sachen Nachbau abfragen zu können. Alternativ könnten die Bäuerinnen und Bauern der STV auch ihren Flächenantrag zur Agrarförderung zur Verfügung stellen und damit an einer Pauschalabrechnung teilnehmen. Ein Teil des Geldes solle für die Verbesserung der Saatgutqualität und das Sortenprüfwesen zur Verfügung stehen – Stichwort Saatgutstrategie, so der Wunsch des Bauernverbandes, vielleicht auch, um nicht als völliger Einknicker gegenüber den Pflanzzüchtern vor den eigenen Mitglieder dazustehen. Fakt ist, Bauernverbandspräsidium und die Landesgeschäftsführer betrachten die Nachbaugebühren als gutes Recht der Pflanzzüchter, das überhaupt nicht mehr

in Frage zu stellen ist. Auch deshalb fällt bei ihnen wohl das immerhin auch diskutierte Modell des Fonds durch, über dessen Verwendung bei den Züchtern zumindest noch mitbestimmt werden könnte, wenn dort auch Bundesmittel einfließen. Obwohl auch eine Mehrheit von Bauernverbandsmitgliedern Nachbaugebühren ablehnt und deren Durchsetzung eine Machtverschiebung zugunsten der Pflanzzüchter bedeutet, fügt sich der Verband mehr oder weniger bedingungslos den Interessen des BDP mit dem Argument, die mittelständische Pflanzzüchtung müsse gestärkt werden. Unabhängig von der Frage, ob diese durch Nachbaugebühren wirklich gestärkt würde, bleibt das Ganze ein Armutszeugnis in Sachen Interessenvertretung. cs



Wessen Saat geht hier auf?

Foto. Stephan/BLE

Im Zweifel erst mal Geld her

STV verunsichert mit ihrer Rechtsauffassung trotz noch laufenden Verfahrens

Die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) gibt sich sehr siegessicher. Noch bevor das laufende Verfahren zu jenem Sachverhalt abschließend vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) beurteilt wurde, schreibt die STV bereits in ihre neuesten Nachbauerklärungen an Bäuerinnen und Bauern, dass sie auch unaufgefordert innerhalb eines Wirtschaftsjahres zur Zahlung von Nachbaugebühren verpflichtet seien. Das ist im Moment noch eine eher unorthodoxe Rechtsauffassung, die zwar

vom Landgericht in München geteilt, von mehreren anderen Gerichten allerdings dem EuGH vorgelegt worden ist. Dieser hat unterschiedliche Stellungnahmen dazu von der EU-Kommission und von Mitgliedsstaaten erhalten. Die Kommission und die Niederlande teilen die Auffassung der STV, Spanien widerspricht ihr. Der Generalanwalt als weitere eine Stellungnahme abgebende Instanz in einem EuGH-Verfahren trägt Anfang März vor. Viele Jahre lang haben sich diverse Gerichte mit der Ausgestaltung

des Auskunftersuchens durch die Pflanzzüchter in Sachen Nachbaugebühren befasst. Sollte nun die STV Recht bekommen, wäre das alles hinfällig und somit ein Stück weit auch überflüssige Arbeit gewesen. Die STV hält es trotzdem für legitim, jetzt bereits mit der vermeintlichen Verpflichtung zur Zahlung zu argumentieren, ohne auf das noch laufende Verfahren hinzuweisen und damit Bauern und Bäuerinnen zu verunsichern und einzuschüchtern. cs



Verunreinigte Hybride

Das Bayerische Landwirtschaftliche Wochenblatt berichtet von Vorstößen großer Pflanzzüchtungsunternehmen, sich mittels – aus bäuerlicher Sicht zweifelhafter – Tricks Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. Syngenta versucht, über eine Arbeitsgruppe im Bundesverband deutscher Pflanzzüchter und irriternderweise mit Unterstützung des Bundesortenamtes, welches den entsprechenden Antrag bei der EU unterstützt, die Saatgutreinheit für Hybridgerste zu senken. Die Saatgut-spricht Sortenreinheit von zertifiziertem (Z-)Saatgut ist bei 99,7% festgelegt, ein Garantieverprechen an die Bauern und Bäuerinnen. Da die Saatgutproduktion in der Hybridzüchtung bei Selbstbefruchtern (Weizen, Gerste) ein aufwendiger Prozess ist, der quasi eine zweite Sortenlinie erfordert, ist die Saatgutreinheit dort bereits auf 90 % vermindert. Für Syngenta und ihr Hybridgersteszuchtprogramm ist das offenbar immer noch nicht ausreichend, sei wollen die Saatgutreinheit nun auf 85% absenken. Warum Hybridgerste? Versuche konnten die versprochenen Ertragszuwächse nicht bestätigen, Hybriden sind aber aus Sicht der Züchter wichtig, weil sie den Nachbau unmöglich machen. cs

Die Gesellschaft will bei Landwirtschaft mitreden

Misereor lädt zum Dialog zwischen „Wir haben es satt“ und „Wir machen euch satt“ ein

Pachtflächen- auslaugung

Auf bedenkliche Entwicklungen der Bodenfruchtbarkeit bestimmter Pachtflächen und die Gefahr der Flächenauslaugung weisen Dr. Stephan Deike und Frank Damm (Landberatung GmbH) in den DLG-Mitteilungen hin: Wenn Betriebe bei den hohen Pachtpreisen konkurrierender Biogas-, Veredlungs-, Kartoffel- und Sonderkulturbetriebe mithalten wollten, zwingt dies zu Einsparungen, die „weit über das pflanzenbaulich vertretbare Maß“ hinausgingen, gerade auch bei kurzer Pachtdauer oder vor dem Ende der Pachtlaufzeit. Dies betreffe die Nichteinhaltung von Fruchtfolgeabständen ebenso wie Drainageinstandsetzungen, Kalkung und Grunddüngung sowie fruchtfolgeübergreifende Bodenbearbeitungs- und Pflegemaßnahmen bzw. Herbizidbehandlungen. Hohe Maisanteile in den Fruchtfolgen führten zu Nährstoffüberhängen, Humusabbau, Erosionsgefahr, Schadverdichtungen und zu Problemunkräutern, Schädlingen und Krankheiten. Die Empfehlung: „Die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit sollte zukünftig wieder stärker in Tausch- und Pachtverträge einfließen.“ Langfristig werde sonst das generelle Ertragsniveau des Betriebes in Frage gestellt. *en*

Unverständnis über ständige Kritik und wütende, enttäuschte Stimmen auf der einen Seite – klare Worte und Abgrenzung zwischen Systembedingungen und Menschen auf der anderen Seite: Es war eine hitzige Diskussionsveranstaltung mit etwa 150 Menschen im emsländischen Niederlangen. Auslöser war die Entrüstung von LandwirtInnen, die im Emsland für die katholische Landjugendbewegung (kljb) aktiv sind, über die Beteiligung ihres katholischen Entwicklungshilfswerkes Misereor an der „Wir haben es satt“- Demonstration Mitte Januar in Berlin. Sie sahen sich eher von der Aktion unter dem Motto „Wir machen euch satt“ verstanden und vertreten. Zusammen wurde ein Abend organisiert, bei dem Landwirte und Vertreter von Misereor auf dem Podium saßen.

Dauerfeuer

Landwirt Bernhard Barkmann (50 Hektar, 1.700 Mastschweine, 150 Mastbullen, mit Familienarbeitskräften und Lohnarbeit) betonte: „Wir intensive Tierhalter stehen unter Dauerfeuer, dabei arbeiten wir sehr verantwortungsbewusst.“ Er fühle sich difamiert und bezeichnete die Kritik als ehrverletzend. Dabei führte Barkmann besonders die Beteiligung von radikalen Tierschutzorganisationen und kriminalisierende oder unverschämte Parolen während der Demo ins Feld. Die Betroffenheit über radikale, angreifende Aussagen und Plakate konnte Dr. Felix zu Löwenstein (Misereor Beirat, Vorsitzender des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft und Landwirt: 160 Hektar Ackerbau mit 2 Familienarbeitskräften, 3 Mitarbeitern und 6 Sai-

sonarbeitskräften) gut nachvollziehen: „Ich habe eine Reihe von Funktionen und bin auch sehr betroffen von manchen Sprüchen, die zu lesen waren. Die Wahrnehmung für diese Problematik ist aber vorhanden. Bei der Eröffnungskundgebung wurde klargestellt, dass anfeindende Äußerungen und Holocaustvergleiche nichts auf der gemeinsamen Demo zu suchen haben.“

Agrarpolitik ist Gesellschaftspolitik

„Warum aber geht man mit so einer Demo auf die Straße?“, fragte Löwenstein und erklärte: „Da haben sich viele Menschen mit unterschiedlichen Anliegen getroffen, die für sich sagen: ‘Agrarpolitik ist Gesellschaftspolitik und geht mich an’. Das ist doch eine Chance zu diskutieren, wie ‘Wir machen satt’ aussehen kann.“ Diese Reihenfolge empfindet Matthias Teepker (440.000 Masthähnchen, 1.000 Sauen, 3.600 Mastschweine, 2 Biogasanlagen, 280 Hektar Ackerbau mit Bruder und Kooperation, 15 Arbeitskräfte) als völlig falsch: „Wir Bauern waren immer dialogbereit. Wir müssen uns nicht erst beschimpfen lassen. Misereor müsste die Konsumenten ansprechen, aber da ist es wohl einfacher, auf die Landwirte drauf zu hauen.“ Dem entgegnete Dr. Bernd Bornhorst (Leiter der Abteilung Politik und globale Zukunftsfragen von Misereor): „Das Bündnis beschränkt sich nicht auf die Demo, um politische Aufmerksamkeit zu schaffen: Dieser Prozess läuft das ganze Jahr über mit intensiven Diskussionen, bei dem die Verbraucher definitiv auch angesprochen sind.“ Sebastian Bartelts (50 Hektar, 100 Milchkühe, 280 Mastkälber,

mit Eltern, Melkhilfe und Lehrling) erzählte, dass viele seiner Ausbildungskollegen das Motto „Wir haben es satt“ häufig mit „Wir haben euch satt“ gleichgesetzt: „Das tut weh. Wir arbeiten jeden Tag und müssen mit unseren Familien davon leben können.“

System, nicht Mensch

Moderator Johannes Buß (Leiter der katholischen Landvolkshochschule Oesede) stellte die Gegenfrage: „Warum zieht ihr jungen Landwirte euch den Schuh an? Warum denkt ihr: ‘Die meinen uns?’“ „Weil wir im kleineren Maßstab ganz ähnliche Handlungsformen haben, wie sie im Fall Straathof durch die Presse gingen“, erklärte Barkmann. Zu Löwenstein stellte klar: „Betriebe, wie sie hier vertreten sind, sind durchaus gemeint – aber eben nicht der Landwirt. Das müssen wir unterscheiden, es geht um das System.“ um dann näher auszuführen „Ist dieses System auf Dauer funktionsfähig? Es kann doch nicht sein, dass so wenig Geld für ein Schwein oder Huhn gezahlt wird, dass ein finanzielles Auskommen nur über eine Ausdehnung in die Landschaft und eine Nährstoffübersorgung aufgefangen werden kann.“ Bornhorst unterstrich: „Unabhängig von allen Befindlichkeiten müssen wir doch bei 800 Mio. Hungernden trotz Überernährung und Verschwendung feststellen, dass mit dem System etwas nicht stimmt. Das Interesse, mit Ihren Produkten vernünftige Preise zu erzielen, haben Sie mit den Bauern im Süden gemeinsam. Es ist nicht die Aufgabe der deutschen Landwirtschaft die Welt zu ernähren. Sie exportieren, weil der Markt hier gesättigt ist.“

Anstrengende Instanz

„Durch ein Tabuisieren von Problemen wird die Akzeptanz für die Landwirtschaft noch weiter wegbrechen. Und wenn die Entwicklung so weiter geht, dann sind Sie doch irgendwann auch nicht mehr dabei“, warnte Theo Paul (Generalvikar des Bistums Osnabrück) und fügte hinzu: „Bei allen Ängsten ist es wichtig, sich den Diskussionen um Tierhaltung, Unfrieden auf den Dörfern, Grundwasserproblematik u.ä. zu stellen. Dafür brauchen wir das Miteinander, Misereor als anstrengende Instanz und die Erkenntnis, es gibt nicht DIE Landwirte.“ Deutlich wurde wie wichtig es innerhalb der angespannten Situation ist auf die Wortwahl zu achten und sicher zu stellen, dass sie nicht als Angriff auf die einzelne Person statt als Kritik an bestehenden Problemen wahrgenommen werden.



Angriff oder Anliegen? Demo in Berlin

Foto: Weißenberg

Alles klar für Clearfield-Raps?

AbL, IG-Saatgut und BUND fordern Verbot

Auf 26.000 Hektar wird mittlerweile Clearfield®-Winterraps (CL-Raps) angebaut. Wo genau die Flächen liegen, ist nicht bekannt und die BASF gibt hierzu auch keine Auskunft.

HR-System

Das Clearfield®-System besteht aus Raps-sorten mit einer Resistenz gegen den Wirkstoff Imazamox (ALS-Hemmer, der die Acetolactat-Synthase hemmt). Dieser Wirkstoff ist zusammen mit den Wirkstoffen Metazachlor und Quinmerac im Herbizid Clearfield®-Vantiga D enthalten. Nach Aussagen der BASF ist die Resistenz beim CL-Raps mit Hilfe eines konventionellen Züchtungsverfahrens (chemisch induzierte Mutagenese) in die Pflanze eingebracht worden. Die Kombination einer herbizidresistenten Sorte mit dem für diese Sorte spezifischen Herbizid bezeichnet man als Herbizidresistenz-System (HR-System). Auch bei anderen Kulturen wie Mais, Sonnenblumen und Zuckerrüben entwickeln Unternehmen wie DuPont/Pioneer, KWS, Bayer, BASF etc. derzeit herbizidresistente Kulturpflanzen. Raps ist eine Kulturpflanze mit großem Ausbreitungs- und Auskreuzungspotenzial. Vor allem Ausfallraps ist bereits heute in fast allen Kulturen ein Problem. In Getreide, Kartoffeln oder Mais können nach Anbau von CL-Raps gängige

Spritzmittel gegen Ausfallraps nicht mehr verwendet werden, da die Präparate ebenfalls ALS-Hemmer enthalten. Bei Zuckerrüben ist der Anbau von CL-Raps noch problematischer, da die holzigen Rapsstängel die Zerkleinerungsanlagen der Zuckerrübenfabriken stilllegen können. Deswegen hat die Südzucker AG in ihrem Einzugsgebiet über eine Branchenvereinbarung einen Anbauverzicht von CL-Raps erreicht. Die BASF versucht mittels einer Studie der Universität Hohenheim zu beweisen, dass „mit dem Anbau von Clearfield-Raps in Deutschland keine besonderen Nachteile verbunden wären“. Auf 41 Flächen wurden im Frühjahr 2013 das Auftreten von CL-Ausfallraps in den Folgekulturen (Getreide) untersucht. Für das Umweltbundesamt in Österreich, das die publizierten Ergebnisse analysiert hat („Alles klar für Clearfield-Raps?“), ist die Stichprobe jedoch viel zu klein. Für eine umfassende Risikoabschätzung sei eine bessere Datenbasis nötig, so die Wissenschaftler. Für das HR-System gibt es kein Prüfsystem, dies hat auch der Bericht zur Technikfolgenabschätzung festgestellt, den das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) in Auftrag gegeben hat. Das Komplementärherbizid wird nach Pflanzenschutzrecht und die CL-Sorte nach Sortenrecht zugelassen. Beide Be-



Raps steht auch bei Imkern unter besonderer Beobachtung

Foto: Redaktion

wertungen sind voneinander unabhängig, so dass nicht, wie die Experten fordern, eine umfassende Systembewertung vorgenommen wird. Die Agrarminister haben bei ihrer Konferenz im Herbst 2014 das BMEL aufgefordert, u.a. eine Veränderung der EU-Rechtsgrundlagen

für eine umfassende Prüfung sowie Regulierungen einzuleiten. Die AbL, die IG-Saatgut und der BUND fordern, dass der Anbau von CL-Raps bereits für die Aussaat 2015/2016 verboten werden muss.

Annemarie Volling

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft

Kein Freifahrtschein für neue Züchtungstechnologien

Wo Gentechnik drin ist, muss reguliert werden

Bei uns sind 'alle Lichter an', da viel Geld in die neuen Züchtungstechniken investiert wurde, die wir nicht in die 'Gentechnik-Ecke' stellen wollen", so ein Vertreter der KWS Saat AG. Neue Technologien zur Pflanzenzüchtung entwickeln sich rasant. Sie sollen „präziser“ und „kontrollierter“ sein als die „alte Gentechnik“. Allerdings ist derzeit in der EU noch ungeklärt, ob diese als Gentechnik eingestuft werden. In diesem Fall würden sie einer Zulassung, Risikoprüfung und Regulierung (inkl. Kennzeichnung, Auflagen) unterliegen. Die Entwickler möchten eine Einstufung als Gentechnik vermeiden, auch weil sie fürchten, dass ihre neuen Züchtungsmethoden als gentechnische Verfahren von der Zivilgesellschaft abgelehnt werden. Aktuell sind das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) und die Zentrale Kommission für Biologische

Sicherheit (ZKBS) vorgeprescht und haben einen RTDS-Raps der Firma Cibus „nicht als Gentechnik im Sinne des Gentechnikgesetzes“ eingestuft. Dieser könnte nun zu Versuchs- und Vermehrungszwecken freigesetzt werden – oder gar großflächig angebaut, ohne dass er jemals sicherheitsbewertet wurde oder jemand nachverfolgen kann, wo der Raps wächst. Cibus ist eine US-Firma mit einer Niederlassung in den Niederlanden.

RTDS ist Gentechnik

Das „Rapid Trait Development System“ (RTDS) ist eine neue Züchtungsmethode und gehört zur Oligonukleotid-gerichteten Mutagenese (ODM). Hier wurden kurze Abschnitte der Erbsubstanz (DNA) synthetisch nachgebaut und an einer Stelle technisch verändert, um eine Herbizidresistenz zu bewirken. Die kurzen synthetischen

Genabschnitte (Oligonukleotide) werden in die Pflanzenzelle eingebracht. Mit dem Verfahren wird in das Erbgut eingegriffen, um eine ganz bestimmte Veränderung zu erzwingen, deshalb ist die RTDS-Technik als gentechnisches Verfahren einzustufen, so die Kritiker. Studien zeigen, dass es zu so genannten „ungewollten Effekten“ kommt. Zum Beispiel kann die DNA unbeabsichtigt an anderen Stellen in ihrer Struktur verändert oder die Gen-Regulation gestört werden. Die genauen Mechanismen für diese Genom-Veränderung sind nicht bekannt.

RTDS-Raps stoppen

Die AbL wird zusammen mit der IG-Saatgut und Testbiotech sowie mit betroffenen Rapsanbauern, Vermehrern, Ölmühlenbetreibern, Gemüsezüchtern, aber auch Konsumenten Widerspruch gegen den Bescheid des BVL einlegen.

Bundeslandwirtschaftsminister Schmid wird aufgefordert, tätig zu werden. Pflanzen, die mit neuartigen Züchtungstechniken hergestellt wurden, dürfen nicht eingeführt und freigesetzt werden. Die Organisationen fordern eine Einstufung der neuen Verfahren als Gentechnik, so dass sie dann den Gentechnik-Gesetzen unterliegen. Damit müssten sie einer umfassenden Risikoprüfung sowie einer systematischen Kennzeichnung vom Zuchtmaterial bis zum Endprodukt unterzogen werden. So lange sollte es für neue Züchtungstechnologien ein Moratorium geben. Der Anbau von herbizidresistenten Rapspflanzen muss generell verboten werden, so die Organisationen.

Annemarie Volling

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft

Weitere Informationen unter:
www.abl-ev.de.

An der Ostsee weht der raue Wind der Geschichte

Wie ein westfälischer Bauer nach Mecklenburg-Vorpommern kam

Erst Jahre später fügte sich für Franz Joachim Bienstein das ganze Bild zusammen. Ein Bild von Strippenziehereien, Kadertreue und Vetternwirtschaft in den Agrarstrukturen Ostdeutschlands auch bei ihm in der Nähe von Wismar. Erst rückblickend wird deutlich, dass der Neueinsteiger Bienstein nie eine realistische Chance hatte, Fläche aus dem Bundeseigentum, also von der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG), für seinen landwirtschaftlichen Betrieb zu bekommen. Zum Glück ist er darüber kein frustrierter, verbitterter Mensch geworden, sondern ein engagierter Bauer geblieben. Zum Glück ging es bei ihm nicht um die nackte Existenz, sondern um betriebliche Weiterentwicklung, die hat er dann eben anders gemacht. Andere sind auch schon an solchen Geschichten gescheitert.

Aufbruchstimmung

Als Franz Joachim Bienstein 1992 beschloss, sich eine landwirtschaftliche Existenz in Mecklenburg-Vorpommern aufzubauen, herrschte Aufbruchstimmung. Wie nicht wenigen Berufskollegen aus westdeutschen Bundesländern eröffnete das Ende der DDR dem sauerländischen Bauernsohn die Möglichkeit, aus einer geografisch engen, für ihn wenig perspektivreichen Situation in den kleinteiligen Hügeln um Arnsberg herauszukommen. Zumal die Autobahn Flächen wollte und damit aber auch Geld zur Verfügung stellte. Vor den Toren Wismars in einer ganz anderen Landschaft, weit und windig, großzügig und dünn besiedelt, fand Bienstein über einen Makler zwei Familien, die ihre landwirtschaftlichen Betriebe nach dem DDR-Ende zurückbekommen hatten und nicht selbst bewirtschafteten, sondern verkaufen wollten. So kam er an 90 Hektar Land und eine schöne, aber ziemlich marode Hofstelle. Von Anfang an machte Bienstein bei den zuständigen Behördenvertretern vor Ort deutlich, dass er gerne noch Land dazu hätte, gepachtet wie auch gekauft. Er stellte Anträge bei der BVVG, hörte immer mehr darüber, wann welche Pachtverträge ausliefen, wann es aus seiner Sicht Sinn machen musste, wieder vorstellig zu werden. Letztlich machte es nie Sinn, er wurde immer wieder lapidar vertröstet. Später erfuhr er, dass ihm offenbar bewusst falsche Auskünfte zu Verpachtungszeiträumen gemacht worden waren und die eigentlichen Laufzeiten von vornherein viel langfristiger angelegt waren. Profiteure

waren LPG-Nachfolger oder Leute mit Beziehungen zur alten Führungsebene der LPGen. Über zehn Jahre nach Ende der DDR scheute sich selbst der damalige Geschäftsführer der BVVG nicht mehr, öffentlich zu sagen, dass die Landvergabe durch Lobbyinteressen geleitet erfolgte und nicht nach objektiven Kriterien. Bienstein entschloss sich, vor Gericht zu ziehen, fast weniger, um mehr Land zu bekommen, als um vor allem auf das Unrecht aufmerksam zu machen, das ihm in den vergangenen Jahren immer wieder widerfuhr. „Das hatte alles nichts mit dem Betriebskonzept zu tun, was man ja immer wieder einreichen sollte, du musst einfach jemanden kennen“, ist Bienstein überzeugt, spätestens, seit er Einblick in einen Pachtvertrag einer Agrargenossenschaft bekommen hat. Zu günstigsten Konditionen kann sie langfristig planen und wirtschaften. „Das ist eine Wettbewerbsverzerrung.“ Mit Unterstützung der AbL zog er vor Land- und Oberlandesgericht und am Ende sogar vor den Gerichtshof für Menschenrechte. Dieser verweigerte es, sich überhaupt mit dem Fall auseinanderzusetzen. Die nationalen Gerichte ließen den Sachbearbeiter vom Amt vor Ort nicht als Zeugen zu und entschieden für die BVVG.

Passionierter Ackerbauer

Dass der passionierte Ackerbauer inzwischen doch auf 320 Hektar wirtschaftet, hat immer nur mit verkaufswilligen Privatleuten zu tun gehabt. Der Westfale ist angekommen in Nordostdeutschland, seine Frau Kerstin stammt aus Brandenburg und lebt seit fünf Jahren mit in dem rustikal stilvoll renovierten, alten Bauernhaus. Die guten Böden mit 50-60 Bodenknoten sind die Ausläufer des Klützer Winkels, einem Sahnstückchen mecklenburg-vorpommerscher Äcker. Hier werden 100 Doppelzentner Weizen gedroschen, wenn einem nicht der Ackerfuchsschwanz einen Strich durch die Rechnung macht, was er inzwischen immer häufiger tut. Franz Joachim Bienstein setzt deshalb schon seit einigen Jahren auf eine vielfältige Fruchtfolge, baut neben den hier üblichen Kulturen Weizen, Gerste und Raps auch Erbsen, Bohnen und Hafer an. „Die Grundvoraussetzung für einen vernünftigen Ackerbau ist die gute Fruchtfolge“, sagt er vehement und fügt überzeugt an: „Die konventionellen Bauern haben keine Chance, wenn sie sich nicht extrem ökologisieren.“ Resistenzen seien unter den konventionellen Kollegen längst ein Riesenthema. Trotz-



Franz Joachim Bienstein und Kerstin Wolf bringen Farbe aufs Land

Foto: Schievelbein

dem ist Bienstein noch zumindest ein Exot mit den Leguminosen in der Fruchtfolge. Da er sie bislang meist als Saatgut verkaufen konnte, rechnen sie sich trotz Desinteresse der Futtermühlen schon auf den ersten Blick. „Auf Dauer rechnen sich dann auch die positiven Effekte für das gesamte Ackerbausystem“, merkt Bienstein. Seit letztem Jahr ist die Erzeugung heimischer Eiweißfuttermittel nun Fördertatbestand, so dass auch die Futtermühlen größeres Interesse anmelden. Viele Kollegen hier meinten, so Bienstein, trotzdem noch, sie könnten sich keine gute Fruchtfolge leisten, zumal der Wind auf dem Markt immer schärfer wehe. Plötzlich fange der 1.000-Hektar-Betrieb an zu rumoren, weil die Industriellen sich als Landkäufer betätigten und schnell mal 10.000 Hektar bewirtschafteten. (Zigaretten-) Reemtsma, (Heizungs-) Viessmann sind alle nicht weit weg, übernehmen auslaufende Agrargenossenschaften ohne Nachfolger, die über die Jahre zu günstigsten Pachtbedingungen mit vielen Subventionen gewirtschaftet haben. Die letzten Genossen nutzten nun die sich bietenden Gelegenheiten, „mit vergoldeter Nase“ auszusteigen, so Bienstein.

Transparenz und Regionalität

Er steigt hingegen ein in eine bäuerliche Hühnerhaltung. Vor drei Jahren hat er sich einen Mobilstall für 250 Hennen gekauft, geliebäugelt hatte er damit

schon lange. Er hoffte auf die nahe Stadt und den immer wieder geäußerten Wunsch vieler Verbraucher nach Transparenz und Regionalität. Es funktioniert „und wenn es hier funktioniert, dann funktioniert es überall“, schmunzelt Bienstein. Schließlich gebe es gerade hier nicht viele Menschen mit viel Geld; es gibt überhaupt nicht viele Menschen und die wenigen sind oft alt. Aber gerade Rentner kämen viel und kauften die Eier an der Hoftür, von wo aus man die Hühner, die Wiese und den Stall sehen kann. „Die Transparenz, dass man es vorzeigen kann, das überzeugt“, sagt Bienstein. So gehen die meisten Eier weg, für 30 Cent das Stück, einige auch noch in Wismar, maßgeblich über die Filialen einer Konditorei, die sie zwar nicht verbackt, aber am Tresen verkauft. Inzwischen sind die Eier häufig knapp, Bienstein denkt über einen weiteren Stall und weitere Hühner nach. Zumal er inzwischen auch die örtliche Raiffeisen-Genossenschaft überzeugen konnte, ihm gentechnikfreies Futter zu liefern. Langsam wächst etwas zusammen. Franz Joachim Bienstein spricht nicht wie ein Mecklenburger, den Westfalen wird man wahrscheinlich immer hören, aber er und seine Familie sind gelebte bäuerliche Nach-DDR-Geschichte. Anstatt den Ausverkauf des Ostens an Investoren zu beweinen, sollte die Politik endlich solche vorhandenen bäuerlichen Betriebe und ihre Neugründung stärken. cs

Bildung, Markt und Gras geben

Von der Tagung der AbL Hessen

Auf den ehemaligen Gutshof Fleckenbühl hatte die AbL Hessen zur diesjährigen Mitgliederversammlung geladen. In den neuen Räumen der Fleckenbühler fanden sich an diesem sonnigen Sonntagmorgen ca. 50 Personen ein. Kurz und prägnant stellte Ulrich Jasper die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft auf Bundesebene vor. Besondere Erwähnung fand dabei die „Wir haben es satt“-Demo in Berlin, zu der mit Reinhard Nagel und Matthias Fries-Herbst auch zwei Hessen-AbLer mit ihren Schleppern angereist waren. Und auch Otto Schöneweis war mit seinem Kälberhüttenmobil auf seinem Hof in Nordhessen gestartet und bis nach Berlin gelaufen. Weniger bunt, aber dennoch informativ und wichtig, war der sich anschließende Vortrag von Heidemarie Scharf aus dem Referat Bildung, Beratung, Betriebswirtschaft des hessischen Landwirtschaftsministeriums über die vom grünen Ministerium geplanten Änderungen in der landwirtschaftlichen Ausbildung. Das Unterrichtsfach Ökologischer Landbau soll möglichst in allen Ausbildungsvarianten eingeführt werden. Soweit die Schulen direkt dem Ministerium unterstehen, sei dies auch schon geschehen, erläuterte Scharf. Dass die alten Lehrer nicht automatisch mit gleicher Überzeugung auch ökologischen Landbau unterrichten, blieb eine Feststellung, für die auch Frau Scharf keine direkte Lösung hatte.

Selbstvermarkter

Von bäuerlicher Selbsthilfe berichtete im Anschluss Oswald Henkel, der als Mitbegründer von LANDMARKT die Vor-

teile, aber auch Probleme der Regionalvermarktung vorstellte. Als Bauer in der Rhön hat Henkel vor über 20 Jahren erkannt, dass er mit seinen Waren zu den Kunden fahren muss. Daneben ist Oswald Henkel Vorstand der LANDMARKT, der Vereinigung der Hessischen Direktvermarkter. Ein Verein, den er mitgegründet hat, weil ihm auf den Wochenmärkten auffiel, dass immer mehr seiner Kollegen die eigene Produktion einstellten und stattdessen die Waren im Großmarkt bezogen, aber weiterhin von ihrem Ruf als Direktvermarkter profitierten.

Milch aus Gras

Mit „Gras geben statt Gas geben“ hatte Onno Poppinga seinen Vortrag überschrieben. Der emeritierte Professor der Uni Kassel stellte seine Wirtschaftlichkeitsanalysen einer reduzierten bzw. eingestellten Kraftfuttergabe bei Milchkühen dar. Betriebe, so die Erkenntnis, die den Weg des Herdenumbaus weg von Hochleistungstieren hin zu grundfutterorientierten Typen gegangen sind, wirtschaften trotz geringerer Milchleistung ähnlich rentabel wie ihre Kollegen. Positive Aspekte sind insbesondere die höhere Lebensdauer der Kühe und eine geringere Krankheitsanfälligkeit. Im Zusammenhang mit der Züchtung wies Poppinga auf die extreme Einengung auf nur wenige Blutlinien bei den Deckbullen hin. Die Mitgliederversammlung bestätigte den AbL-Sprecherkreis mit Reinhard Nagel, Janette Lange, Peter Hamel, Matthias Fries-Herbst und Oswald Henkel. *mn*

Macht „Bauernglück“ Bauern glücklich?

Dieses Wort „Bauernglück“ hatte ich vor einigen Jahren gehört, aber lange nicht mehr „auf dem Sender“. Aber vor kurzem, als mir der dickleibige Werbeprospekt des größten deutschen Discounters in die Hände fiel, der den reichsten deutschen Einzelunter-



Ein Bauer aus Schleswig-Holstein erzählt

nehmern, darunter einer der reichsten Milliardäre weltweit, gehört, die den Anfangsbuchstaben „A“ in ihrem Nach- und Firmennamen tragen und die sich unsere schöne Republik in Nord und Süd aufgeteilt haben, da wurde mir wieder bewusst, wer die „Bauern glücklich macht“ – genau dieser Discounter. Seit seiner Gründung folgt das Un-

ternehmen dem Prinzip: „Das Geld wird beim Einkauf verdient!“ Und seit seiner Gründung hat dieser Discounter viele „Bauern unglücklich gemacht“, z. B. durch kurzfristige Verträge mit Molkeereien zu Dumpingpreisen. Die Marktführerschaft beim Preis wird regelmäßig durch fragwürdige Verträge mit den Vorlieferanten hergestellt, die diesen Preisdruck an die produzierenden Bauern weitergeben. Dadurch werden große Strukturen gefördert und der Preisverfall von Lebensmitteln eingeleitet und verfestigt. In Verantwortung für Artenvielfalt, Wasser- und Bodenschutz sowie unter Berücksichtigung guter sozialer Standards produzierte Lebensmittel, wie z. B. Demeter- oder Biolandware, die „preiswert“ sind, weil sie ihren Preis wert sind, werden bei diesem Discounter nicht verkauft. Umso perfider ist es, die Eigenmarke „Bauernglück“ zu nennen. Eines weiß ich gewiss: Wer glückliche Bauern will, kauft keine „Bauernglück-Produkte“. Ganz im Gegenteil: Wer Tierschutz statt tierquälerischer Massentierhaltung will, wer Artenvielfalt statt Agrarsteppen will, wer Wasser- und Bodenschutz will, wer keine Gentechnik will, der sagt: „Wir haben es satt!“ und macht um Discounter und ihre angeblichen „Bauernglück-Produkte“ einen weiten Bogen. Dann wird auch die Agrarwende gelingen und am Ende wird alles gut. Und wenn es noch nicht gut ist, dann ist es noch nicht das Ende.



Auf der Landesversammlung der AbL-Hessen. v.l. Oswald Henkel, Henrik Maaß, Janette Lange, Reinhard Nagel, Heidemarie Scharf
Foto: Nagel jun.

Nährstoffe und Trinkwasser

Düngerordnung kam bei Tagung der AbL NRW unter die Lupe

USA lassen GV-Äpfel zu

Äpfel, die nach dem Stoßen oder Aufschneiden nicht braun werden – das ist die neueste Gentechnik-Manipulation, die jetzt in den USA zum Anbau zugelassen wurde. Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen oder aber Risiken für die Umwelt seien unwahrscheinlich, so die zuständige US-Behörde für Tier- und Pflanzenschutz des US-Landwirtschaftsministeriums. Es handelt sich um zwei Apfelsorten der kanadischen Firma Okanagan Speciality Fruits: „Arctic Granny“ und „Arctic Golden“. Die Firma wirbt damit, dass weniger Müll entstehe, weil aufgeschnittene, braun gefärbte Äpfel nicht weggeschmissen würden und Erzeuger weniger Ausschuss hätten. Anbieter von vorgeschneittenen Äpfeln könnten auf chemische Behandlung verzichten. Maria Noichl, SPD-Europaabgeordnete, übte starke Kritik: „Die enzymatische Bräunung von Äpfeln ist ein natürlicher Prozess, der keine kosmetischen Eingriffe durch Gentechnik benötigt.“ Bei dieser Entscheidung würfen die geplanten Handelsabkommen Ceta und TTIP ihre Schatten voraus. Die Entscheidung sei ein Paradebeispiel für die unterschiedlichen Verbraucherschutzstandards in Europa und Nordamerika. *av*

GV-Soja beeinträchtigt Zicklein

Wissenschaftler in Neapel haben über eine deutliche Beeinträchtigung der Entwicklung von Zicklein berichtet, deren Mütter mit gentechnisch veränderter (GV) Soja gefüttert worden sind. Die Forscher wiesen Abschnitte des Erbguts der GV-Soja in der Milch nach. Die Jungtiere hatten ein deutlich verringertes Gewicht. Dies sei auf die Fütterung von herbizidresistenter GV-Soja zurückzuführen, die bei den Muttertieren zu einem verminderten Anteil an Eiweißstoffen (Immunglobulinen) in der Milch führe, so die Wissenschaftler. Für Christoph Then von Testbiotech werfen „die aktuellen Ergebnisse ... neue Fragen auf und zeigen, dass es große Lücken bei der Risikobewertung gentechnisch veränderter Pflanzen gibt. Obwohl mehrfach über Einflüsse auf das Immunsystem berichtet wurde, verlangt die Europäische Lebensmittelbehörde EFSA keine entsprechenden Untersuchungen.“ *av*

Saat-Multis

Die großen globalen Saatgutkonzerne sind im dlz-Sortenführer 2014/15 aufgeführt: Monsanto (Dekalb) führt vor Pioneer (DuPont) und Syngenta, auf den folgenden Plätzen rangieren: Limagrain, KWS, Dow, Bayer, Takii, Sakata, DLF, Rijk Zwaan, InVivo, Desprez, RAGT, Barenbrug, Enza und Saaten-Union. *en*

Verbraucherausgaben

Der oft gehörte Vorwurf, „die Verbraucher“ würden nur so wenig von ihrem Einkommen für Nahrungsmittel ausgeben, damit sie sich Urlaub und Luxus leisten könnten, sollte vor dem Hintergrund aktueller Analysen des Warenkorb eines „Durchschnittsdeutschen“ überprüft werden: Demnach betrug der Ausgabenanteil für Nahrungsmittel 10,3%, während die Hauptposten beim Wohnen (31,7%) und Verkehr (13,5%) lagen. Die 11,5% für Freizeit, Unterhaltung und Kultur umfassten 3,3% für Veranstaltungen, 1,3% für Bücher und Zeitungen und nur 2,7% für Pauschalreisen. Weitere Kostenblöcke: 3,8% für Alkohol und Tabak, 4,4% für Gesundheit, 4,5% für Gaststätten und Beherbergung, 4,5% für Bekleidung und Schuhe, 5% für Möbel und Haushaltsgeräte, 3% für Nachrichtenübermittlung, 0,9% für Bildung und 7% für Körperpflege/Versicherungen und Finanzdienstleistungen. *en*

Am 19. Februar traf sich die AbL Nordrhein-Westfalen in Hünxe bei Wesel zu ihrer Jahrestagung 2015 und diskutierte mit zahlreichen Bäuerinnen und Bauern und hochkarätigen Referenten über den Nitrateintrag in das Grundwasser sowie über die aktuelle Novelle der Düngerverordnung.

Prof. van Berk von der Technischen Universität Clausthal berichtete darüber, welche chemisch-mikrobiologischen Prozesse durch Nitrateinträge in tieferen, grundwasserführenden Gesteinsschichten ausgelöst werden. Im Grundwasserraum herrsche ein natürliches Gleichgewichtssystem aus oxidierten und reduzierten Zonen, das sich im Laufe der letzten rund 10.000 Jahre eingestellt habe. In der eher tiefer gelegenen reduzierten Zone werde eintretendes Nitrat abgebaut durch die Reduktion von Nitrat-Stickstoff zu molekularem Stickstoff. „Aber nichts ist umsonst“, sagte der Wissenschaftler. Denn dieser Abbau des Oxidationsmittels Nitrat setze das Vorhandensein bestimmter Reduktionsmittel voraus: Schwefel-, Eisen- und organische Kohlenstoffverbindungen. Je mehr Nitrat abgebaut werde, umso weniger Reduktionsmittel verblieben im Grundwasserraum. Die reduzierte Zone, in der die Reduktionsmittel vorherrschen, werde kleiner bzw. verlagere sich immer weiter in der Grundwasser-Fließrichtung, also in Richtung der Trinkwasser-Förderbrunnen. „Man sieht es erst nicht, aber es passiert unwiederbringlich. Wenn das Abbauvermögen aufgebraucht ist, dann geht Nitrat ohne Abbau durch und landet im Trinkwasserbrunnen“, formulierte der Wissenschaftler. Prof. van Berk plädierte zum Abschluss seines Vortrags dafür, Gebiete intensiver Landwirtschaft von den Gebieten der Trinkwassergewinnung räumlich zu trennen.

Länder wollen Mitbestimmung

Der zweite Referent, Dr. Jons Eisele vom Umwelt- und Landwirtschaftsministerium Nordrhein-Westfalen (NRW), berichtete, dass an den Messstellen im Bereich des oberen Grundwasserleiter bezogen auf ganz NRW eine leichte Verbesserung der Nitratgehalte zu verzeichnen sei, aber in einzelnen Landkreisen des Rheinlandes und des Münsterlandes sich nichts getan habe und die Werte auf hohem Niveau verharrten. Es bestehe Handlungsbedarf. Dr. Eisele stellte wesentliche Forderungen seines Hauses zum Entwurf des Bundesministeriums zur Novellierung der Düngerverordnung vor. So fordere das von Johannes Rimmel (Grüne) geführte Ministerium

vom Bund die Ermächtigung (gesetzgeberische Erlaubnis) dazu, die von den Betrieben zu erstellenden Nährstoffvergleiche zu erfassen, auszuwerten und mit Kontrolldaten anderer Quellen wie dem NRW-Kataster zur zwischenbetrieblichen Wirtschaftsdüngerverbringung abzugleichen. Das im Verordnungsentwurf vorgesehene Verfahren zur Bilanzierung von Phosphatdüngung und -entzug will NRW dagegen deutlich vereinfachen. Die ebenfalls vorgesehene Erweiterung von Ausnahmemöglichkeiten (Derogation) für erhöhte Stickstoffgaben aus organischen Wirtschaftsdüngern auch auf Ackerland trägt das NRW-Ministerium zwar mit, aber nicht für Biogassubstrate. NRW setzt sich für die Einführung von Hoftorbilanzen ein, wobei aber erst bundesweit einheitliche Verfahren entwickelt werden müssten, so Eisele.

Fachlicher Unfug

Die neu eingeführten Sperrzeiten zur Ausbringung von Festmist und Kompost sowie die daraus abgeleiteten Lagerkapazitäten hierfür nannte Eisele „fachlich eigentlich Unfug“. NRW lehne das ab. Zudem sollten die Lagerdauern auch für Gülle nicht allein am Viehbestand, sondern auch vom Grünlandanteil im Betrieb abhängig gemacht werden, so dass für Grünlandbetriebe geringere Lagerräume notwendig würden. Besonders die letzten Punkte wurden in der Diskussion von den anwesenden Bauern und Bäuerinnen sehr unterstützt. *lm/uj*



Sperrzeitenverlängerung fachlicher Unfug?
Foto:Gummich/pixelio

Zusammen wachsen!

Frühjahrstagung des Netzwerks Solidarische Landwirtschaft

Solidarische Landwirtschaft
sich die Ernte teilen

Über hundert Menschen kamen Mitte Februar auf Schloss Tempelhof bei Crailsheim zusammen. In sieben Themenräumen wurde intensiv gearbeitet. Mitgebrachte Fragen wurden gemeinsam diskutiert, Ideen sind gekeimt oder auch unverhofft aus dem Boden geschossen und haben neue Kraft für die kommende Saison gegeben. Nach zwei intensiven Tagen sind viele mit neuen Ideen und vor allem mit neuem Mut für das Konzept der Solidarischen Landwirtschaft auf ihre Höfe und zu ihren Initiativen zurückgegangen. Die Hälfte der Teilnehmer bestand aus Neugründern oder Initiativen und interessierten Menschen an der Solidarischen Landwirtschaft. Aber auch viele aktive Solawi-Bauern und -Bäuerinnen waren dabei. Die Netzwerk-Initiatoren der Veranstaltung berichteten von einer stark wachsenden Nachfrage nach der Solidarischen Landwirtschaft, die ein respektvolles, wertschätzendes Miteinander, das Streben nach einer intensiveren Verbindung von Land und Konsumenten und die Produktion regionaler Lebensmittel in den Mittelpunkt stellt.

Die aus den Themenräumen entstandenen Diskussionsschwerpunkte wurden zum Abschluss der Veranstaltung vorgestellt. Außer den Gruppen „Politik & Öffentlichkeitsarbeit“, „Basiskurs SoLawi“, „Netzwerk-Strukturen & Entwicklung“, „Gärtnerisch-landwirtschaftliche Praxis“, „Kommunikation & Gemeinschaft“ und der „IT-Gruppe“ gab es einen „Free Space“ zur freien Themengestaltung, der sich unter anderem mit organisatorisch-rechtli-

chen Fragen beschäftigten. Insgesamt gab es viele Überlegungen zur Gestaltung rund um das Thema Vernetzung/ Organisation/ Weiterentwicklung des Netzwerks, es wurden soziale Fragen zur Gemeinschaft diskutiert und die alten Hasen unter den SoLawisten haben ausdauernd Rede und Antwort gestanden.

Die Tagung selbst war ein Beispiel von Solidarität: Alles baute sich um die Themenräume auf, den gemeinsamen geistigen Austausch und die ergebnisorientierten Lösungsprozesse, kurzum: Es brodelte in einem großen Topf voller Fragen, die sich mit dem Weg von der Theorie zur Praxis beschäftigten, hin zu einem selbstbestimmten „Tun“.

Die Basis dafür lieferte die gut strukturierte Vorbereitung des Treffens, die wunderschöne räumliche Umgebung einer interessanten Gastgebergemeinschaft sowie deren ausgesprochen gute Versorgung mit köstlichem Essen zu den gemeinsamen Mahlzeiten. Nicht vergessen werden soll auch die in den Ablaufplan eingebaute freie Zeit für weitere Gespräche bei Lagerfeuer, Party und Co. Aus den Teilnehmern gebildete Bezugsgruppen kümmerten sich um diverse gemeinschaftliche Aufgaben: vom „Kaffee/Tee kochen für alle“ bis hin zum „offenen Ohr“, sprich dem anderen einfach einmal zuhören können; jeder war dazu angehalten, aktiv im Rahmen des Treffens mitzu-

wirken. Geendet hat die Tagung mit einer stillen Danksagung an alle Mitwirkende, die dieses Treffen ermöglicht haben. Die Bewegung der Solidarischen Landwirtschaft wächst und wächst und soll auch weiterhin wachsen. Dafür braucht es mutige und tatkräftige Menschen, die sich gegenseitig helfen und unterstützen, die ihr Wissen und ihre Erfahrungen teilen und einen Raum schaffen, um sich über Probleme auszutauschen, gemeinsam Wege zu finden und zusammenzuhalten, um zusammenzuwachsen. Die nächste Netzwerktagung wird Mitte November in Niedersachsen ausgerichtet.

Astrid Porzig, Mitglied im Netzwerk der Solidarischen Landwirtschaft



Viele begeisterte Menschen auf der Suche nach neuen Formen einer gemeinschaftlichen Landwirtschaft

Foto: Herzog

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht: Ausgabe 2015 Schwerpunkt: Agrarindustrie und Bäuerlichkeit - 22,00 € 2014 Schwerpunkt: Tiere in der Landwirtschaft- 10,00 €
weitere Jahrgänge auf Anfrage oder unter www.bauernstimme.de bzw. www.kritischer-agrarbericht.de

Matthias Stührwoldt

Das wahre Landleben!

Bücher:

- 11,00 € - Bauernparty
- 11,00 € - Nützt ja nix
- 11,00 € - Schubkarrenrennen
- 11,90 € - Der Wollmützenmann
- 9,90 € - Verliebt Trecker fahren
- 11,00 € - Aus dem Moor- Gedichtband

CD:

- 10,00 € - König Silo
- 10,00 € - Was für'n schöner Scheiß
- 10,00 € - Ein Bauer erzählt
- 9,50 € - live im Lutterbecker

weitere Buchwünsche:

Bodenpolitik in Ostdeutschland

- 19,80 € - Nehmt und Euch wird gegeben
- 3,00 € - Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990

Aktuelle Broschüre

- 4,00 € - Wege aus der Hungerkrise

Hofschilder und Poster

- ... 30,00 € "Wir sind ein AbL Bauernhof"
- ... 30,00 € "Bauernhöfe statt Agrarfabriken"
- ... 50,00 € 1x10Stk. TTIP & Gentechnik Poster
-je zzgl 5,50 € € Versand

Junge Landwirtschaft:

- 8,00 € - Agrarpolitik in der Leehre
- 8,00 € Jung, dynamisch, erfolglos?

...weitere Bücher, Musik CD, Aufkleber, Fahnen usw. www.bauernstimme.de

Die Versandkosten pro Bestellung betragen innerhalb Deutschland 2,75 €

Die Versandkosten ins Ausland werden auf Anfrage mitgeteilt

Ich zahle:

nach Erhalt der Rechnung

per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Bitte senden Sie die Bestellung an: verlag@bauernstimme.de, oder

ABL Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539, ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

(Klein) Anzeigen

Anzeigenpreisliste 2015:

www.bauernstimme.de/unabhaengige-bauernstimme/anzeigen.
Anzeigen und Chiffrezuschriften bitte an: Fax: 02381-492221, E-mail: anzeigen@bauernstimme.de. **Anzeigenschluss für BS April ist der 17. März 2015**

Tiermarkt

- **Verkaufe** laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609
- **Eselstute** aus Arbeit mit Kindern wegen Berufswechsel in gute Hände abzugeben. ☎ 02381-436576

Sonstiges

- **Gesundheit fängt beim Boden an!** EM - Effektive Mikroorganismen in der Landwirtschaft. Vortrag mit Reinhard Mau am Dienstag, den 24. März 2015 um 19.30 Uhr auf dem Hof Nordlicht, Reußenköge. Gesunder Boden, das Kapital eines jeden Landwirts wird heute immer mehr zur Mangelware. Sie erfahren bei uns, wie dieser Trend rückgängig gemacht und Landwirtschaft wieder positiv belebt werden kann. EM-Silan- für eine stabile Silage. Konkrete Beispiele zur Gesunderhaltung der Tiere mit vielen Praxistips. Anmeldung bis 23.03.2015 unter www.em-nord.de www.hof-nordlicht.de oder ☎ 04671-930195. EM-Nord, Desmercièreskoog 7, 25821 Reußenköge

Preiswert europaweite Transporte!

www.spedition-klaus-rundt.de
www.rundt-holz-pellets-briketts.de
Spedition@Klausrundt.de
☎ 04188/89 30-0

Hof und Arbeit

- **Bäuerliche Landwirtschaft** Milchviehbetrieb im Allgäu, 40 Kühe behornt. Bioland Heumilch, mit großzügigem Laufstall sucht Mitarbeiter/in. Spätere Pacht möglich, bzw. erwünscht. Kurze Antwort unter Chiffre 2015-03-01
- **Mitarbeit statt Miete**, Frau, 39, sucht Wohnung o. Stellplatz auf Biohof gegen Mithilfe in Stall, Gemüse, Laden, Altenbetreuung o.ä. evaberta800@gmail.com
- **Haus bzw. 2 Wohnungen** je 73 qm, auf Bauernhof. Ortsrandlage 63679 Schotten. Garten, Pferde- oder Haustierrhaltung möglich, Mithilfe in Landwirtschaft oder Metzgerei möglich. ☎ 06044-989411
- **Resthof** zwischen Hannover und Verden zu verkaufen. Ruhige idyllische Einzellage. ☎ 0175-3671654
- **Bauernfamilie mit Kindern** für Hofnachfolge gesucht. 50 ha, Fleckvieh (Milch), Mittelgebirgslage, Sachsen, Erfahrung in Käseerei wäre schön. ☎ 037754-75578 (Sommer) oder 037754-2213 (Winter), bitte nach 18 Uhr anrufen, mehrmals versuchen.

Veranstaltungen

Vermarktung Ackerbohnen

03.03.2015, Oederquart, 19.30 Uhr
Vermarktungschancen der Ackerbohne mit Torsten Stehr, Raiffeisen Weser-Elbe eG, Anika Berner und Andreas Huhn, EFN Projekt „Eiweißfutter aus Niedersachsen“, und Silke Hadenfeldt, Fachberaterin Saatgutproduktion der Norddeutschen Pflanzenzucht Hans-Georg Lembke KG.

www.eiweissfutter-aus-niedersachsen.de, Ort: Witt's Gasthof zur Post, 21734 Oederquart

Leguminosen

05.03.2015, Krummhörn, 20.00 Uhr
Klönabend des landwirtschaftlichen Zweigvereins Krummhörn zum Thema Leguminosen - Anbau, Verfütterung, Vermarktung.

www.eiweissfutter-aus-niedersachsen.de, Ort: Gaststätte Vosberg, 26736 Pewsum Krummhörn

Fortbildung Öko-Landbau

05.03.2015, Bad Drüben, 9.00 Uhr

AbL LV Rheinland-Pfalz / Saarland
01.03.2015, 10.00 Uhr
TTIP - Stand der Diskussion
Solidarische Landwirtschaft
Ort: Wahlbacher Hof, Contwig, www.wahlbacherhof.org/Kontakt

AbL Frühjahrstagung
Niedersachsen
01.03.2015, 10.00 Uhr
AbL Niedersachsen - Motor
einer bäuerlichen Agrarwende!
Stephansstift, Zentrum für
Erwachsenenbildung,
Kirchröderstraße 44, Hannover

AbL Jahresmitgliederversammlung
Mecklenburg-Vorpommern
Berlin/Brandenburg
14.03.2015, 10.00 - 17.00 Uhr

Eine bäuerliche Landesagrarpolitik ist notwendig und möglich!

Pension „Zum alten Schweden“, Burgstraße 44, 16909 Wittstock/Dosse (Ostprignitz). Information und Anmeldung: bauerprecht@t-online.de, Tel.: 038459-31034

AbL Tagung der AbL Schleswig-Holstein
18.03.2015, 20.00 - 22.00 Uhr

Zukunftsfähige Milchpolitik

Auslaufen der Milchquote. Wie geht es weiter? Welche agrar- und marktpolitischen Maßnahmen sind notwendig, damit bäuerliche Milcherzeuger eine Zukunft haben?

Moderation durch Andrea Kraus, AbL Schleswig-Holstein

Dr. Karin Jürgens, Büro für Agrarsoziologie und Landwirtschaft
Wirtschaftliche Lage von MilcherzeugerInnen und Umgang damit. Folgerungen aus Analysen zur Kostensituation, Verschuldung und Beziehungen zu Molkereien

Achim Bock, Meierei Horst e.G.

Eigene Wege in der Milchvermarktung in Schleswig-Holstein

Bernd Voß, AbL Schleswig-Holstein

Forderungen und Strategien der AbL zur Milchmarktpolitik

Ort: Möhls Gasthof, Dorfstraße 12, 24808 Jevenstedt, nahe Rendsburg
Anmeldung zum Shuttle vom Bahnhof Rendsburg: wendel@abl-ev.de, Tel.: 0152-28545399

AbL Jahresmitgliederversammlung
Landesverband Baden-Württemberg
22.03.2015, 10.30 - 16.00 Uhr

AbL'er im Gespräch: Erfahrungen austauschen - Aktivitäten planen

Die Stärke der AbL ist das gemeinsame Handeln. Wir wollen uns die Zeit nehmen um untereinander Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam Aktivitäten auf Landesebene zu planen.

Programm:

10.30 Uhr Unsere Arbeit in Baden-Württemberg (Vorstand & Geschäftsführer) und bundesweit (Georg Janßen)

13.00 Uhr Arbeitsgruppen:

- Die AbL in Baden-Württemberg stärken: Durch aktive Öffentlichkeitsarbeit und Mitgliederwerbung
- Wachsen, weichen oder was sonst?
- Die Ausbildung für Bäuerinnen und Bauern verbessern!
- Gerechte Bodenpolitik. Wie kann das aussehen?
- Bäuerliche Landwirtschaft. Wir diskutieren das AbL Positionspapier
- Solidarische Landwirtschaft in Baden-Württemberg
- Eiweißstrategie für unser Land und für unsere Betriebe

Ländliche Heimvolkshochschule Hohebuch, 74638 Waldenburg-Hohebuch
Kosten für Mittagessen, Kaffee und Kuchen: 20,- €

51. Fortbildungskurs der Sächsischen Interessengemeinschaft ökologische Landbau e.V.

Anmeldung: Herr Einsidel, Tel.: 034243-21491

Saatgutfestival

07.03.2015, Düsseldorf, 11.00 Uhr
Auf dem Saatgutfestival 2015 dreht sich alles um alte und oft vergessene Gemüsesorten.

Ort: Geschwister-Scholl Gymnasium, Redinghovenstraße 41, 40225 Düsseldorf

Regionale Erzeugung

10.03.2015, Palling, 10.00 Uhr
Der Verein Region-aktiv Chiemgau-Inn-Salzach veranstaltet eine Tagung zum Thema: Regionale Erzeugung und Vermarktung statt Weltmarktorientierung.
Gasthof Michlwirt, 83349 Palling

AbL Antibiotika

11.03.2015, Hesel, 19.30 Uhr
Informationsveranstaltung zu „Antibiotika in der Massentierhaltung“. Vorträge von Johann Janssen, Mediziner aus Wilhelmshaven, Tierarzt Dr. Matthias Link und Bernd Terhalle, Geschäftsführer der „Erzeugergemeinschaft für Qualitätsvieh Hümmling“. Moderation: Ottmar Ilchmann
Meta Gastronomie, 26835 Hesel

Bio-Gemüse

12.03.2015, Güstrow, 10.00 Uhr
Die 12. Wintertagung des Agrarbündnisses will die Situation des Bio-Gemüseanbaus in Mecklenburg-Vorpommern darstellen und dessen mögliche Perspektiven aufzeigen.

Alle weiteren Informationen: Dr. B. Roff, BUND-Landesgeschäftsstelle oder unter: <http://www.bund-mv.de/>

AbL Bienen auf Bauernhöfen

20.-21.03.2015, Aichach
Kurs zur einfachen Bienenhaltung in der Landwirtschaft, Kursleitung: Marcus Haseitl, Netzwerk Blühende Landschaften.

Kursgebühr: 125,- € (zzgl. Übernachtung) Ort: Biolandhof Kreppold, Anmeldung und Infos: Geschäftsstelle AbL-Bayern, Andrea Eiter, Tel. 0821/4540951; Fax 0821/32873073; email: aheiter@freenet.de, www.abl-bayern.info

LandWirtschaft neu begreifen

21.03.2015, Kassel, 11.00 Uhr
GLS-Treuhandtagung des Netzwerks „Landwirtschaft ist Gemeingut“. Zwischen Menschenrecht auf Nahrung, Wachstumsdruck und Commoning.

Ort: Anthroposophisches Zentrum, Wilhelmshöher Allee 261, 34131 Kassel
Tagungskosten: 30 € pro Teilnehmer; ermäßigt 20 € Anmeldung und Informationen Matthias Zaiser Betriebsentwicklung. mail: an@matthiaszaiser.de
Tel. 040 - 897 270 17

AbL Antibiotika im Stall

27.03.2015, Blindheim, 19.30 Uhr
Die AbL Bayrisch-Schwaben und das Aktionsbündnis Stoppt den Saustall laden ein zum Vortrag von Dr. Claudia Preuß-Ueber-schär, Tierärztin aus Wedemerk zum Thema „Resistente Keime und Antibiotika im Stall – Gefahr für die Gesundheit ?!“

Gasthof Schafflitzel, Weiherbrunnenstr. 1, 89434 Blindheim

WINDENERGIE-BETREIBER GESUCHT

Wir erwerben Ihren Windpark/Einzelanlage oder Ihre Mehrheitsbeteiligung - ohne Vermittlungs- oder Maklerprovisionen.

wpd onshore GmbH & Co. KG
Bremen, Bietigheim-Bissingen, Düsseldorf, Kassel, Potsdam, Viöl
Telefon: 0421 / 168 66 10
akquise@wpd.de, www.wpd.de



Tagung AbL Bayern

24.03.2015, 10.00 - 16.00 Uhr

Reformbedarf der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung - Eigenständig bleiben oder Anschluss suchen?

Referenten:

Josef Biersack - SVLFG Bereichsleiter

Auswirkungen der Beitragsumstellung auf verschiedene Betriebstypen und -größen, Beitrag: Leistungsverhältnis bei LBG, LAK, und LKK

Dr. Peter Mehl - Agrarsozialexperte Thünen-Institut

Agrar-Sozialversicherung in Nachbarländern, Zukunftsfähigkeit der Eigenständigkeit, Exkurs Hofabgabeklausel

12:15 bis 13:15 Uhr: Mittagessen

SPD-Vertreter

Sachstand Reform Hofabgabeklausel und Agrarsozialwahlen

Josef Schmid - 1. Vorsitzender AbL-Bayern

Positionen der AbL-Bayern

15.00 Uhr Abschlussdiskussion

Ort: Brauereigasthof Gut Forsting, Münchner Straße 21, 83539 Forsting
Anmeldung: Geschäftsstelle AbL Bayern, abl-bayern@web.de, Tel.: 0821-4540951, Fax: 0821- 32873073

Bauernwallfahrt nach Altötting

*für Frieden, Gerechtigkeit und ein Leben in Würde
für alle Menschen auf der Welt*

**Sonntag, 22. März 2015 um 11:30 Uhr
Gottesdienst in der Basilika St. Anna**

mit Pfarrer Michael Wittl, Pfarrverband Feichten, Heiligkreuz, Hart, Wald

Anschließend Segnung von Tieren und Heilkräutern durch den Administrator der Gnadenkapelle Stiftsprobst Günther Mandl und Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm, Ratsvorsitzender der EKD

Musik: Männersinggruppe „Frohsinn“ aus Pressig/Franken und die Blasmusik der Bauernwallfahrt

Für ein gemeinsames Mittagessen nach der Wallfahrt, ist das Kultur & Kongress Forum in Altötting, Zuccalliplatz 1, 84503 Altötting für die Teilnehmer reserviert

Um 14.15 Uhr: Vortrag im Kultur & Kongress Forum:
Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm,
Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland:
„Mit Gerechtigkeit den Hunger besiegen“

Impressum **unabhängige Bauernstimme**

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.
Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
Claudia Schievelbein: 02381-492289
Christine Weißenberg: 02381-492210
FAX: 02381/492221, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel
Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288, Fax: 02381/492221, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de;
Druck: Lensing Druck Gruppe, Harkortstraße 6, 48163 Münster

Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle: Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de
Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758
junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft: Julia Frenzel, Tel.: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de
Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren: Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455
Interessengemeinschaft Ostdeutschland: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273
Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken Eckehard Niemann, Tel.: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de
Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft: Annemarie Volling, Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de
Eiweißpflanzenprojekt: „Vom Acker in den Futtertrog“: Luiz Massucati, Tel.: 02381/9053170, massucati@abl-ev.de
Internationale Agrarpolitik: Berit Thomsen, Tel.: 02381-9053172, thomsen@abl-ev.de
Eiweißfutter aus Niedersachsen Anika Berner 01573-7994606; anika.berner@eiweissfutter-aus-niedersachsen.de; Andreas Huhn 01573-8301081, andreas.huhn@eiweissfutter-aus-niedersachsen.de

Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 101,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 136,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 46,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 71,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: _____
Straße: _____
PLZ, Wohnort (Landkreis): _____
Telefon/Fax E-Mail: _____

Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Ansprechpartner Sprecherrat
Andrea Kraus, Tel. 0177 439 1708, and.rea.kraus@gmx.de; Jan Wendel, Tel. 0152 28545399, dschahn@gmx.de; Florian Gleißner, Tel. 0152-02610448, florian.gleissner@domaene-fredenburg.de

Niedersachsen

Landesverband: Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de
Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de
Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje.t-online.de
Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel .u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com
Südnids: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de
Weser-Ems: Ernst Steenken, Tel. 04482-660, steenken@ewetel.net

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 0152/54298307; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler; Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657
Westmünsterland: Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de
Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingeroede@t-online.de
Henrik Maaß, Tel.: 05542-500267, Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de; Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Geschäftsstelle Landesverband: Frieder Thomas; Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de
Bodensee: Anneliese Schmeh; Tel.: 07553-7529, a.schmeh@hagenweilerhof.de
Oberschwaben: Bärbel Endraß; Tel.:07528-7840, info@biohof-endrass.de

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654
Geschäftsstelle: Andrea Eiter; Neidhartstr. 29 1/2; 86159 Augsburg; Tel: 0821/45 40 951 und 0170/99 134 63; Internet: www.abl-bayern.info; Mail: abl-bayern@web.de
Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Gertraud Gafus, Tel. 08656-393
Land an Rott und Inn: Margarete Stoiber, Tel. 08536-91091; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725-304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de
Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; ablallgaeu@gmx.de
Oberland: Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de; Walter Mauk, Tel. 08179-33
Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
Franken: Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480
Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel Tel. 09090-5791396, adelguetl@online.de
Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Armin Hartleitner, 0175-72 550 12, armin.hartleitner@ziertheim.net; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Landesgeschäftsführer Reiko Wöllert, mitteldeutschland@abl-ev.de, Tel: 036254/78024; Stephan Kaiser, sphkai@freenet.de (Sachsen); Michael Grolm, Tel: 036450/446889, M.Grolm@gmx.de (Thüringen)
Sachsen Anhalt: Claudia Gerster, Tel: 034465/21005, sonnengut-dietrichsroda@t-online.de
Thüringen: Volkmar Voigt, Tel: 036694/36250, volkmarvoigt@web.de; Frank Neumann, Tel: 036623/23737, berghoffrank@hotmail.de; Daniela Kersten, Tel: 036421/23497, mail@kanzlei-kersten.de;

Ich zahle: Gläubiger-ID: DE19ZZZ00000421092
 nach Erhalt der Rechnung AbL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
 per SEPA-Lastschriftmandat Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die ABL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Politik machen an Hoftoren

Die Debatte um die Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft ist rege wie nie zuvor. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft gestaltet und bestimmt diese Debatte mit. Bäuerinnen und Bauern können diesen Diskurs an ihren Hoftoren, Stellwänden oder Hofläden sichtbar machen. Deshalb gibt es die neuen Hofschilder der AbL: „Wir sind ein AbL Bauernhof“ und „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“. Damit wird für Bürger, Spaziergänger, Verbraucher oder Politiker deutlich, dass Bäuerinnen und Bauern

in dieser Debatte mitreden und mitgestalten. Das Material und die Verarbeitung beider Hofschilder sind wetterfest.

Mit dem neuen Plakat „TTIP und Gentechnik, bleibt uns vom Hof!“, die mehrere Monate halten, können Bäuerinnen und Bauern teil der AbL-Kampagne zu den neuen EU-Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) werden. Die Sorge ist groß, dass künftig nicht mehr auf den Höfen entschieden wird, ob etwa Gentechnik auf dem Acker oder

im Stall ist. Am 17. und 18. April finden weltweite Aktionstage zu TTIP und bäuerlicher Landwirtschaft statt, mit vielen Veranstaltungen und Aktionen. Zu dieser Zeit sollten viele Bauernhöfe in Deutschland diese Plakate aufhängen.

Bestellen, in der Region verteilen, aufhängen. Widerstand und Selbsthilfe ist und bleibt das Herz der bäuerlichen Landwirtschaft!

*Berit Thomsen,
 AbL-Internationale Agrarpolitik*

Die AbL-Hofschilder sind fertig



Wir sind ein Abl-Bauernhof
 58 x 70 cm Material: Aluverbund
 30,- Euro zzgl. Versandkosten



Bauernhöfe statt Agrarfabriken
 70 x 58 cm, Material: Aluverbund
 30,- Euro zzgl. Versandkosten



Wetterfeste Plakate für den Widerstand
 gegen TTIP und Gentechnik
 10 Plakate, DIN A 1 50,- Euro

Bestellungen bitte per Fax: 02381 49 22 21; email: verlag@bauernstimme.de; oder über die Homepage: www.bauernstimme.de/Poster

unabhängige bauernstimme: Widerstand und Selbsthilfe

03/2015

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (39,60 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 28,40 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,- € bzw. 32,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abbezugszeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539

ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
 Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.